



AUSGABE 13 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 24.11.2004

Opelwerk

Wie konnte es dazu kommen, dass ein amerikanischer Konzern ein ganzes Werk dichtmachen will? Die Parteien in einer Aktuellen Stunde: Das muss im Interesse der Menschen und der Region abgewendet werden!

S. 3

Krebsregister

Ein landesweites bevölkerungsbezogenes Register, in dem Auftreten und Verbreitung von Krebserkrankungen in NRW aufgelistet werden, soll Daten für Forschung, Versorgung und Vorbeugung vor dieser tückischen Krankheit liefern.

S. 7

Hausanschlüsse

Etwa ein Fünftel des öffentlichen Kanalnetzes ist sanierungsbedürftig. Wie hoch liegt die Schadensquote bei den privaten Hausanschlüssen? Künftig sollen Eigentümer zu Dichtheitsprüfungen verpflichtet sein.

S. 16

Behindertensport

Die Marathondisziplin im Rollstuhl – und dann auch noch gegen starke Konkurrenz gewinnen. Das hat Cheri Blauwet geschafft.

S. 19



Überallfernsehen Teil 2 – nach Köln können nun seit Anfang des Monats auch im Raum Düsseldorf/Ruhrgebiet digitale Programme per Antenne empfangen werden. Der Startschuss dazu fiel am 8. November im Landtag, im Schatten des mit einer neuen Sendespitze ausgerüsteten Fernsehturms. Mehr Qualität, neue Programmangebote – der Mensch kommt ums Auswählen nicht mehr herum. Ist er dazu in der Lage und wie kann er die erforderliche Medienkompetenz erwerben? Dazu stellten im Landtag einige von vielen örtlichen Initiativen ihre Ansätze und Ergebnisse vor. Engagieren, Kompetenz entwickeln und die Chancen der neuen Medien bewusst nutzen – das wird für die Menschen im Medienland NRW immer mehr zur Selbstverständlichkeit (Seiten 11 bis 13). Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Nach welchen Kriterien sollen künftig EU-Fördergelder vergeben werden?

Die Europäische Union wächst, die Fördermittel der EU wachsen nicht mit – im Gegenteil, sie werden zurückgefahren. Das hat Konsequenzen, etwa dass die Förderung ab Ende nächsten Jahres nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip“ erfolgt, sondern nach Schwerpunkten. Diese Schwerpunkte gilt es vor Ort zu entwickeln und im nationalen und europäischen Wettbewerb gegen die Konkurrenz durchzusetzen. Wie schneidet dabei Nordrhein-Westfalen ab? Ist der Strukturwandel an der Ruhr schon beendet oder braucht NRW weiter Geld dafür? Sollen stattdessen jetzt verstärkt Fortschritte in den Zukunftsbranchen gefördert werden? Die Fraktionen sind unterschiedlicher Meinung (Seite 10).

Medienland NRW – auf dem Weg in die digitale Zukunft



Inhalt

Inhalt/Editorial	2	
Opelwerk – Schließung vermeiden	3	
„Bürokratie hält von Pflege ab“ <i>CDU will Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten</i>	4	
Tierfuttermittel: Dioxin-belastet	5	
Erster Eilantrag über Tarifautonomie <i>Bundeswehrrückzug als Chance?</i>	6	
Register im Kampf gegen Krebs	7	
Lob für konstruktive Arbeit im Untersuchungsausschuss <i>Opposition besteht auf Vorwurf der „Vetternwirtschaft“</i>	8	
Bund leistet Beitrag <i>Pläne mit der Ordensburg Vogelsang in der Eifel</i> <i>Neues Finanzmanagement für die Kommunen</i>	9	
Wort und Widerwort <i>Nach welchen Kriterien sollen EU-Fördermittel verteilt werden?</i>	10	
Was wird, wenn VIVA geht?	11	
Tag der Medienkompetenz im Landtag NRW <i>Sicher in Informationsdickicht und Dschungelcamp</i>	12/13	
Zehn Jahre Bahnreform: Experten ziehen Bilanz <i>„Wettbewerb ist immer noch ein Fremdwort“</i>	14	
Ringens um die richtige Rechtsform <i>Sozialausschuss hört Sachverständige zu Hartz IV</i>	15	
Hausanschlüsse müssen auf Dichtheit geprüft werden <i>Bürger blicken in die Röhre</i>	16	
Benachteiligt Hartz IV Frauen? <i>Bundesagentur informiert Ausschuss</i>	17	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18	
Bilanz der Behindertenolympiade <i>Sport schafft Selbstachtung</i>	19	
Experten schließen Gefahr für Deiche aus <i>Rheinberg: Kohleabbau unter dem Rhein bewegt Erde und Gemüter</i>	20	
Hinter Gittern geht die Arbeit aus <i>Konjunkturschwäche macht auch vor den Haftanstalten nicht Halt</i>	21	
Aus den Fraktionen	22	
Porträt der Woche: Christof Rasche (FDP) <i>Orden für besondere Verdienste</i> <i>Impressum</i>	23	
Geburtstage und Personalien	24	

LCD- und Digital-TV statt Glühlampen

Heutzutage kaum vorstellbar: Der erste Fernseher arbeitete noch ohne die neuen Bildröhren. Stattdessen verbargen sich 2.600 Glühlampen hinter einer Mattscheibe. Erst 1884 begann die Geschichte des Fernsehens. 1923 gelang dann die Entwicklung der ersten vollständig elektronisch arbeitenden Fernsehbirne. Am 22. März 1935 wurde in Berlin das erste regelmäßige Fernsehprogramm Deutschlands gesendet. 1936 gab es gerade mal 75 Heimempfänger, wie die Fernseher genannt wurden.

Erinnern sich heute nur noch wenige an das Schwarz-Weiß-Fernsehen mit nur drei Programmen; die Welt erscheint farbig und multimedial. Es gibt LCD-Fernseher, Digital-TV, DVB-T (Das Überallfernsehen) und das World Wide Web. Die Hälfte aller Deutschen nutzt das weltweite Kommunikationsnetz. Internet-Cafés gibt es fast an jeder Straßenecke. Und Nordrhein-Westfalen stellt sich gerade auf, Medienstandort Nummer eins in Europa zu werden.

STANDORT NR. EINS

Dafür wird geworben – im In- und Ausland. Die Medienstädte Köln und Düsseldorf, das IT-Flaggschiff Dortmund sorgen deutschlandweit für Furore. Der Standort NRW zählt zu einem der größten und dynamischsten Ballungsräume Europas. Hier entstehen für die Medienbranche Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten. Das Drittel aller IT-Fachleute werden hier ausgebildet.

Gerade erst gingen im Landtag die Tage der Medienkompetenz zu Ende. Gut besucht wurden zahlreichen Projekte aus dem Land präsentiert. Wichtiger denn je, denn die Innovationen der Medientechnologien zwingen die Menschen dazu, sich mit einer rasant schnellen Entwicklung auseinander zu setzen.

Jetzt geht es um die Digitalisierung. In fünf Jahren werden wohl TV-Programme via DSL übertragen. Klingt nach Zukunftsmusik. Im Alltag dagegen wird gestritten: um höhere Rundfunkgebühren, den möglichen Viva-Umzug von Köln nach Berlin, den ntv-Umzug, Medienkonzentrationen im Print- und TV-Bereich werden kritisiert.

NRW hat den Vorteil, von Anfang an dabei zu sein. Nur müssen jetzt neue Geschäftsfelder erschlossen werden, um dem weiter wachsenden Wettbewerb standzuhalten. Die Aussichten dafür sind gut. **SH**

Kampf um Bochumer Opelwerk geht weiter

Politik appelliert an Konzern: Schließung unbedingt vermeiden!

Die von General Motors ins Gespräch gebrachte Schließung eines europäischen Automobilwerks hat die Menschen in Bochum und Umgebung schwer getroffen. Um die Angelegenheit im Landesparlament zur Sprache zu bringen, hatte die SPD-Fraktion für den 11. November eine aktuelle Stunde beantragt. Ihr Thema: „Keine betriebsbedingten Kündigungen – Die Produktion am Opel-Standort Bochum muss erhalten bleiben.“



Carina Gödecke (SPD) erklärte: „Wir fordern und unterstützen Verhandlungen, die die Sicherheit des Standorts und Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten zum Ziel haben.“ Dabei sei die breite politische Solidarität eine wichtige Hilfe - für Lösungen und nicht zuletzt für 9.600 Familien in Bochum, die um die Zukunft der Arbeitsplätze bangen. Solche perspektivlosen Entscheidungen wie die Schließung eines ganzen Werks fielen von einem Management in den USA, dem es nur um Kostenminimierung, nicht um Sanierung gehe. Managementfehler der Vergangenheit sollten einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Über Anzeichen, dass die harte Linie verlassen werde, sei sie froh, schloss sie: „Daran können wir weiterarbeiten. Wir als Politik können helfen. Wenn es darum geht, um die Standort- und Beschäftigungssicherung zu kämpfen, dann sind wir an der Seite der Belegschaft.“

Lothar Hegemann (CDU) erklärte, es tue weh, „wenn solche Ankündigungen gemacht werden“. Seine Betroffenheit sei bei den vielen Familien in Bochum und um Bochum. Bochum habe Ausstrahlung ins gesamte Ruhrgebiet, meinte er und fand, nicht nur Opel kranke, „sondern das ganze Ruhrgebiet“. Der Standort Bochum sei nicht erst seit kurzem im Gerede, sondern seit vielen Jahren. „Die Politik kann wenig machen, aber das, was sie machen kann ist nicht gemacht worden“, stellte Hegemann unter Hinweis auf die zu-

gesagte und bisher noch nicht gebaute Opelspange fest. Der Landesregierung schrieb er ins Stammbuch: „Hinfahren, betroffen sein, nach Hause fahren und eine neue Sau durchs Dorf treiben reicht nicht aus – tun Sie, was Sie tun können, damit Massenentlassungen nicht stattfinden.“

Dr. Ute Dreckmann (FDP) führte die Krise von Opel hauptsächlich auf Managementfehler zurück. Im Moment gehe es darum, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten, „für die Zukunft aber brauchen wir dringend eine andere Wirtschafts- und Verkehrspolitik“. Seit Jahren werde das Autofahren von Rot-Grün systematisch verteuert. In keinem Land gebe es so schlechte Straße und so viele Staus wie in NRW. Die Realisierung der Opelspange, der Verbindung der A 40 im Westen der Stadt bis zur A 44 und A 43 im Osten, lasse auf sich warten. Hauptblockierer seien die Grünen. Die Lohnnebenkosten seien in Deutschland zu hoch, die gleich gut qualifizierten Arbeitnehmer in Polen seien genauso motiviert, aber viel preiswerter.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragte den Redner der CDU nach seiner Standortpolitik für NRW: „Was Sie hier machen,

ist ein Tritt in den Hintern für den Standort NRW und gegen die Beschäftigten“, kritisierte er und verdeutliche den Standpunkt seiner

Fraktion: „Jetzt ist ein eindeutiges Signal der Konzernleitung in Richtung Standort und Beschäftigungssicherung notwendig.“ Die Grünen unterstützten die Bestrebungen zum Abschluss eines Standortsicherungs- und Zukunftsvertrages für die einzelnen Standorte. Dazu seien die Beschäftigten mit ihren Zugeständnissen bereits in Vorleistung getreten. Sagel weiter: „Ich gehe davon aus, dass die Opelkrise kein Zeichen für die Schwäche des Industriestandorts NRW ist. Vielmehr hat die Konzernspitze hier eine falsche Standortpolitik, beziehungsweise eine falsche inhaltliche Politik gemacht.“

Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) fand: „Es ist nicht vorstellbar, dass es Opel in Bochum nicht gibt.“ Opel sei im Ruhrgebiet mehr als eine Marke, „Opel gehört einfach dazu“. Die Landesregierung stehe nicht nur mit den Betriebsräten, sondern auch mit dem Opel-Management „in täglichem und direktem Kontakt“, betonte der Minister.

Weiter teilte er mit, dass die Landesregierung Druck darauf ausübe, dass die Entscheidungen im laufenden Planfeststellungsverfahren zeitlich wie vorgesehen fallen; die Gesamtinvestitionssumme für die Opelspange bezifferte er auf 140 Millionen Euro. Schartau zum Schluss: „Das Land ist zu dem, was wir machen können, bereit. Dazu zählt sicherlich nicht, dem Unternehmen General Motors in irgendeiner Form mit Geld imponieren zu wollen. Das hieße wirklich, die falschen Mittel anzuwenden.“



Carina Gödecke (SPD)

Lothar Hegemann (CDU)

Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Harald Schartau (SPD)

Angelika Gemkow (CDU), Vorsitzende der Pflege-Enquetekommission des Landtags, fand angesichts von 980 Gesetzen und Erlassen sowie 3.000 Vorschriften, die für die Pflege von Menschen zu beachten sind: „Wir brauchen dringend eine Entbürokratisierungspolitik, eine Deregulierung für den gesamten Pflegebereich.“ Die Bürokratie in der Pflege koste Geld, „wir wollen dieses Geld für Demenzbetreuung ausgeben“. Es gebe massive Klagen aus allen Bereichen der Pflege, und dies nehme man Ernst. Darum die Frage: „Wollen wir die Menschen in NRW pflegen oder die Bürokratie?“ Mit dem Antrag wolle ihre Partei mehr Verantwortung und mehr Vertrauen für die Pflegenden. Gemkow: „Ziel muss es sein, die Ergebnisse von Pflege, die Ergebnisqualität in der Pflege in den Mittelpunkt zu rücken, Mehrfachprüfungen zu verhindern und damit Kosten zu sparen, die den Menschen durch bessere Pflege zugute kommt.“

Michael Scheffler (SPD) antwortete, während die CDU sich noch bei der Analyse aufhalte, hätten Landes- und Bundesregierung längst konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung eingeleitet. August vergangenen Jahres sei das Landespflegegesetz novelliert worden, im Jahr zuvor sei es das Heimgesetz gewesen. Diesen eingeschlagenen Weg wolle man weiter gehen. Während die CDU sich als Anwalt der Pflegebedürftigen aufspiele, gehe der bayerische Ministerpräsident daran, eine „Pflege nach Kassenlage“ auf den Weg zu bringen. Die Entwicklung werde man nicht mittragen, sagte Scheffler voraus.

Dr. Jana Pavlik (FDP) kritisierte, mit ihrem Antrag wolle die CDU suggerieren, sie allein sei für ein Mehr an Pflegequalität, während die anderen Akteure den Pflegeproblemen gleichgültig gegenüber stünden. Grundsätzlich

„Bürokratie hält von Pflege ab“

CDU will Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten

„Ein Bürokratieabbau in der Pflege ist erforderlich, damit den Pflegekräften wieder mehr Zeit für die Versorgung der Pflegebedürftigen zur Verfügung steht“ – mit dieser Feststellung verknüpft die CDU-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 13/6087) eine Reihe Forderungen, über die der Landtag Anfang November debattiert hat. Danach wurde der Antrag einstimmig an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

stimmten die Liberalen den Grundtendenzen des Antrags zu. Bürokratieabbau sei zu erreichen, wenn die Vorschriftenkontrolle regelmäßig, „etwa alle drei bis fünf Jahre“, von einer neutralen Bewertungsstelle vorgenommen würde. Die Abgeordnete wörtlich: „Es liegt nicht nur an den Strukturen, den Vorschriften und den Kontrollmechanismen, ob Pflege gelingt. Es liegt daran, ob man Pflegebedürftigen in den Heimen, zu Hause und bei der medizinischen Versorgung als Menschen in Würde und Respekt begegnet oder ob man sie als Fälle abhandelt.“

Barbara Steffens (GRÜNE) erkannte in dem Antrag einen „Schnellschuss“ und eine Abwertung der Pflegekommission: Die nämlich habe sich darauf geeinigt, „Sprechblasen zu vermeiden“. In Kürze werde die Kommission Handlungsempfehlungen vorlegen. Aus denen könnten dann die erforderlichen Entscheidungen abgeleitet werden; aber man sollte das Thema nicht auf populistische Weise vorwegnehmen. Außerdem gebe der Antrag keine Antworten. Es müsse bestimmte Grundrichtlinien geben; bestimmte Werte müssten festgeschrieben werden. „Da muss man Farbe bekennen und kann nicht sagen, die Menschen

sollten sich einfach wohl fühlen“, betonte sie. Das sei zynisch, denn viele pflegebedürftigen Menschen könnten nicht zum Ausdruck bringen, ob sie sich wohl fühlen. Anderen bliebe keine Wahl, weil sie das Angebot nehmen müssten, das vor Ort vorhanden ist.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) war der Überzeugung, der CDU-Antrag gehe an den Verhältnissen in NRW vorbei: „Initiativen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung ignorieren Sie wider besseres Wissen. Sie negieren sogar das Engagement der in der Pflege in NRW Verantwortung tragenden Verbände, der Leistungsanbieter und Kostenträger“. Die 980 Vorschriften kämen zustande, weil in der Aufstellung alle Normen vom Grundgesetz bis zu Arbeits-, Steuer- und Baurecht enthalten seien. Die Regelungsdichte für die stationäre Pflege sei wesentlich geringer, sagte die Ministerin. Der Antrag enthalte keine Perspektive für einen konstruktiven Dialog zur Weiterentwicklung der Pflege. Im Interesse der Pflege lägen keine Scheindebatten, sondern politisches Engagement, „das im Interesse der Pflegenden an einem Strang zieht und konstruktiv zusammenwirkt“.



Viel Erfolg und alles Gute hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) zwei neuen Landtagsabgeordneten für die restlichen sieben Monate der Wahlperiode gewünscht. Zu Beginn der Sitzung am 11. November verpflichtete der Landtagspräsident Svenja Schulze (SPD, M.) aus Hattingen und Werner Lohn (CDU, L.) aus Geseke als neue Abgeordnete. Lohn rückt für Hagen Jobi (CDU) und Schulze für Frank Baranowski (SPD) nach.

Foto: Schälte

„Lebensmittelskandal Nr. 4“

Diesmal Tierfuttermittel mit Dioxin belastet

„Dioxine haben in Lebensmitteln nichts zu suchen.“ Daher müsse es gesetzliche Grenzwerte dieses krebserregenden Stoffs in Obst und Gemüse geben. Bei Futtermitteln müsse endlich EU-weit festgelegt werden, was in diese Futtermittel hineindürfe. Mit diesen Worten reagierte in der von Rot-Grün beantragten aktuellen Stunde am 10. November Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) auf die aktuellen Dioxinfunde, die inzwischen in NRW dazu geführt haben, dass fünf Höfe gesperrt worden sind, die Fleisch erzeugen.

Reiner Priggen (GRÜNE) beschwichtigte: Nach den ersten Rückmeldungen müsse es keine Beunruhigung auf der Verbraucherseite geben, „weil die gefundenen Belastungen so gering sein sollen, dass zunächst einmal kein Anlass besteht, irgendwelche Panik zu erzeugen“. Im Übrigen habe sich gezeigt, dass das europäische Warnsystem (erste Funde waren in den Niederlanden gemacht und gemeldet worden) funktioniert und dass die Landesregierung sofort reagiert und vorsorglich die betreffenden Betriebe gesperrt habe. Allerdings seien die Vorfälle Anlass, „die Kette des Einsatzes technischer Hilfsprodukte in der Aufbereitung von Lebens- und Futtermitteln noch einmal genauer zu überprüfen, damit wir Sicherheit auf beiden Seiten haben“ – bei den Verbrauchern und bei den Landwirten.

Marie-Luise Fasse (CDU) meinte: „Sicherlich, das Warnsystem hat funktioniert, aber spät.“ So seien die Verbraucher erneut verunsichert und Vertrauen erschüttert worden – in

Staat, Politik und in die staatlichen Kontrollämter. Ihre Partei habe nach den jüngsten Skandalen gefordert, „größtmöglichen Verbraucherschutz durch hoch qualifizierte und auch finanziell gut ausgestattete Kontrolleure sicherzustellen“. Nur mit Kampagnen in der Öffentlichkeit sei das nicht zu schaffen, „wir brauchen Kontrollen, die wirken“. Das müsse der Staat garantieren.

100-prozentige Sicherheit schaffe auch eine Positivliste nicht; Futtermittel müssten überprüft werden, bevor sie in den Kreislauf geraten. Dafür müssten die Hersteller sorgen – einschließlich Haftung und Strafe bei Verstößen.

Dr. Georg Scholz (SPD) zählte mit: „Das ist alleine in dieser Wahlperiode der vierte Skandal.“ Das Warnsystem habe funktioniert, die Landesregierung reagiert, aber eines sei festzuhalten: „Es ist an einer Stelle erneut zu Problemen gekommen, die auch an fast allen anderen Lebensmittelskandalen beteiligt war: Es geht um die Futtermittel.“ Erfreulich sei, dass in Sachen Positivliste Konsens herrsche. Wer auf der einen Seite vorschreibe, was in Futtermitteln drin sein dürfe, der müsse andererseits auch für eine engmaschige Kontrolle der Futtermittel sorgen.

suchungsbehörden. Die Verwaltungsstrukturreform auf diesem Gebiet sei nicht vollzogen. Die Pestizidbelastung von Obst und Gemüse steige. Wenn die Ministerin als Ausweg den Verzehr von Ökoprodukten empfehle, dann sei das ein „Hohn“, so lange sich viele Menschen diese Produkte nicht leisten könnten. Wenn Ministerin Höhn jetzt lediglich eine Positivliste für Futtermittel fordere, dann wolle sie damit „von der mangelhaften Leistung der Landesregierung bei der Lebensmittelsicherheit ablenken“.

Verbraucherschutzministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte klar, die Dioxine in den Futtermitteln hätten den Grenzwert nicht überschritten. In Holland seien in ungeschälten Kartoffeln Dioxinwerte von 0,3 Nanogramm pro Kilogramm gefunden worden. Der empfohlene Auslösewert liege bei 0,4. Bei Überschreiten des Auslösewerts würden Maßnahmen empfohlen. Weil man sich im Grenzbereich befinde, seien entsprechende Informationen erforderlich – von staatlichen Stellen des Nachbarlandes und nicht von den Nachrichtenagenturen, wie dies in diesem Fall

geschehen sei, merkte die Ministerin kritisch an. Dass die belastete Tonerde aus Rheinland-Pfalz, die als Bindemittel in Futtermitteln verboten sei, in den Niederlanden so eingesetzt worden ist, dass sie im Futtermittel wieder zu finden gewesen sei, das erklärte die Ministerin mit einem Fehler, der den Niederländern unterlaufen sein müsse.



Reiner Priggen (GRÜNE)

Marie-Luise Fasse (CDU)

Dr. Georg Scholz (SPD)

Dr. Stefan Romberg (FDP)

Bärbel Höhn (GRÜNE)

Dr. Stefan Romberg (FDP) warb um Zurückhaltung: „Bei vielen Lebensmittelskandalen überschätzen die Menschen die tatsächliche Gefahr. Gleichzeitig verhalten sie sich im Alltag oft nicht besonders gesundheitsbewusst.“ Anstatt die Ängste der Verbraucher zu schüren, sollte die Verbraucherschutzministerin NRW fit machen in der Lebensmittelüberwachung. Jahr für Jahr gehe die Anzahl der kontrollierten Betriebe zurück. Es gebe erhebliche Qualitätsunterschiede bei den Unter-

Liberale sollen „Hasskappe“ abnehmen

Erster Eilantrag ging zur Tarifautonomie

Premiere im Landtag: Der erste Eilantrag – ein neues Instrument, um die Debatte im Plenum aktueller und interessanter zu machen – wurde am 10. November verhandelt. „Keine Privilegien für Gewerkschaftsmitglieder“ verlangte die FDP (Drs. 13/6187). Die SPD verwies auf die Tarifautonomie und lehnte es ab, den Tarifpartnern „Zensuren zu erteilen“.

Dr. Gerhard Papke (FDP) nannte es einen „Skandal, dass die deutsche Tarifautonomie von der IG Metall als Selbstbedienungsladen missbraucht wird“. Verträge, die nicht organisierte Arbeitnehmer gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern begünstigten, seien rechtlich höchst problematisch. In den Betrieben dürfe es keine „Zweiklassengesellschaft“ geben. Das wäre das Ende des Flächentarifvertrags.

Rainer Schmeltzer (SPD) erinnerte daran, Tarifverträge würden in voller Vertragsfreiheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen unterschrieben. An die FDP gerichtet forderte er: „Akzeptieren Sie endlich eine der starken Säulen unserer Gesellschaft, die Gewerkschaften. Nehmen Sie endlich Ihre

Hasskappe gegenüber den Gewerkschaften ab.“

Hermann-Josef Arentz (CDU) warnte davor, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aufzugeben und appellierte an die Verantwortung der Tarifpartner für das Gemeinwohl. Unterschiedliche Löhne im gleichen Betrieb gefährdeten den Betriebsfrieden. Mit ihrem Entschließungsantrag zu dem Thema erinnere die CDU daran, „dass die Tarifautonomie zum Tafelsilber der sozialen Marktwirtschaft gehört“.

Barbara Steffens (GRÜNE) bezweifelte, dass der Grundsatz vom gleichen Lohn in der CDU Geltung habe: Sonst gäbe es nämlich die nied-

rigeren Frauenlöhne nicht. Die FDP ihrerseits mache nicht deutlich, was sie wolle. Heute warne sie vor dem Ende des Flächentarifs, den sie ja sonst immer zusammen mit den Gewerkschaften abschaffen wolle. Die Rednerin verlangte, keine „Krokodilstränen zu weinen“.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) rief dazu auf, „die Tassen im Schrank zu lassen“. Ob sich solche Regelungen „über den Tag“ durchsetzen, das hänge von beiden Seiten ab. Die Rechtsprechung schließe solche Möglichkeiten nicht aus, sondern akzeptiere Vorteilsregelungen, die sich in etwa bei dem doppelten Gewerkschaftsbeitrag der Mitglieder bewegten.

Gemeinden werden nicht allein gelassen

Bundeswehrrückzug bietet auch Chance zur Entwicklung

Bernd Schulte (CDU) betonte, der Landesregierung komme bei der Konversion eine Schlüsselrolle zu. Die Gemeinden müssten aber wissen, woran sie bei der Regierung seien: „Wollen Sie Gewerbe, Industrie, Wohnen oder FFH?“ (FFH=Naturschutz). Es sei auch finanzielle Hilfe nötig.

Michael Scheffler (SPD) führte aus, die Stadt Iserlohn, woher er komme, sei schon von Standortschließungen betroffen gewesen. Was man daraus gemacht habe, das führe vor, dass veränderte Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden auch Entwicklungspotenzial böten. Dazu benötige man einen Zeitplan und Ideen vor Ort. Die Landesregierung lasse die Kommune nicht im Stich.

Karl Peter Brendel (FDP) erklärte, die FDP trage eine „vernünftige, betriebswirtschaftlich und militärisch begründete Neustrukturie-

rung der Bundeswehr mit“. Den betroffenen Gemeinden müsse geholfen werden. Bei der Neustrukturierung gehe es zwar auch, aber nicht nur um Geld, „viel wichtiger ist die Unterstützung der gestalterischen Kräfte vor Ort“.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) nannte den Ruf nach der geöffneten Hand „Theaterdonner“. Damit würden Planungshoheit und Fähigkeiten der Gemeinden klein geredet. Die CDU nehme auch nicht die Erfolge und Chancen der Konversion zur Kenntnis.

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) verwies auf gelungene Konversionsbeispiele und

In einem Eilantrag (Drs. 13/6188) hat die CDU von der Landesregierung Hilfe für die 13 von den Abzugsplänen der Bundeswehr betroffenen Gemeinden des Landes gefordert. Die Landesregierung erklärte, man habe bereits Erfahrungen mit Konversionen gesammelt und werde die Kommunen „nicht allein lassen“.

hielt nichts davon, zuerst nach Geld zu rufen. „Erst kommt die Idee und dann wird geguckt, wie man sie finanzieren kann.“

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erinnerte an die Erfahrungen, die man bei Konversionen im Land schon gesammelt habe. Die künftigen Nutzungen hingen von der Lage am jeweiligen Standort ab. In der notwendigen Zusammenarbeit mit dem Bund erhob er die Forderung, dass die Bundesvermögensverwaltung „viel flexibler handeln“ müsse.



Dem Krebs auf der Spur Neues Register soll Kampf gegen die Krankheit vorantreiben

Um besser Krebserkrankungen bekämpfen zu können, soll diese Krankheit flächendeckend und bevölkerungsbezogen registriert werden. Regionale Besonderheiten und besondere Häufungen von Erkrankungsfällen sollen mit dem Register erkannt werden, zu dem die Landesregierung einen Gesetzentwurf (Drs. 13/6099) vorgelegt hat. Nach erster Lesung am 11. November ging der Entwurf an den federführenden Gesundheitsausschuss.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) betonte, die Landesregierung habe den Kampf gegen Krebs zu einem vorrangigen Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik gemacht. In NRW erkrankten jährlich 85.000 Menschen neu an Krebs, 46.000 starben daran. Um im Bereich der Vorsorge und der Versorgung von Krebskranken zu Verbesserungen zu kommen, müssten die wissenschaftliche Forschung intensiviert und optimierte Datengrundlagen zur Verfügung stehen: „Die bevölkerungsbezogene flächendeckende Krebsregistrierung aller bösartigen Neubildungen ist dafür ein notwendiges und effizientes Instrumentarium“, stellte die Ministerin fest. Man betrete Neuland, „aber wer Innovation und Modernität will, muss auch bereit sein, neue Wege zu gehen“.

Vera Dedanwala (SPD) fügte hinzu: Mit der Speicherung, Verarbeitung, Analyse und Interpretationen von Daten über das Auftreten und die Häufigkeit von Krebserkrankungen in NRW gehe man einen großen Schritt nach vorn. Krebs sei nach Herz-Kreislaufkrankungen die zweithäufigste Todesursache mit zunehmender Tendenz. Bei den meisten Krebsarten sei man von einer wirkungsvollen Vorbeugung weit entfernt. Die Fortschritte in Diagnostik und Therapie in den letzten Jahren wären ohne epidemiologische Forschung nicht erreicht worden. Weil für gesicherte Erkenntnisse deutlich über 90 Prozent der Fälle an das Register gemeldet werden müssen, sei für NRW die Meldepflicht vorgesehen. Die persönlichen Daten würden verschlüsselt, um einen größtmöglichen Datenschutz und Schutz vor Missbrauch zu erreichen.

Rudolf Henke (CDU) wies darauf hin, dass Krebsregister zu einem wichtigen Standbein der Ursachenforschung geworden sind. Sie ermöglichten Hinweise bei der Suche nach Ursachen der Entstehung und

ermöglichten Hinweise auf Risikofaktoren. Krebsgefahren könnten früher erkannt, Effektivität und Nutzen präventiver Maßnahmen könnten überprüft werden. Die Daten seien Basis für analytische Studien

sem Gesetz von einem „Quantensprung“ spreche, dann sei das zwar richtig, aber „durch Ihr vergangenes Zaudern, Zögern, Verschieben haben Sie die Krebsursachenforschung in NRW lange behindert“. Damit komme diese Einsicht für viele Menschen zu spät, merkte Henke an und erinnere an die jahrelangen Forderungen der CDU nach Schaffung eines solchen Registers. Er forderte dazu auf, den Aufwand in den Krankenhäusern nicht dadurch weiter zu vergrößern, dass unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren angewendet werden.

Dr. Jana Pavlik (FDP) sah noch einige Fragen klärungsbedürftig. So müssten sich die beiden Kassenärztlichen Vereinigungen auf eine saubere Sachabgabe als Mitträger des Registers einigen. Es dürfe nicht zu einer „technologischen Überambitionierung“ kommen; so sei zu untersuchen, ob die Infrastruktur für die totale Elektronisierung bei Meldung und Registrierung im Land überhaupt schon gegeben sei. Die Landesregierung sollte die Finanzierung des Verwaltungsaufwands und die Zuständigkeit dafür „konkret übernehmen und beibehalten“. Bei aller Kritik an der zögerlichen Haltung der Landesregierung „sollten wir alle aber bemüht sein, aus dem jetzt endlich vorliegenden Gesetzentwurf das rechtlich Beste zu machen“.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellte fest: „Mit der Errichtung des Krebsregisters finden wir Anschluss an die internationale wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Entwicklung und Bekämpfung von Krebserkrankungen.“ Sie regte als eines der Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission für Frauengesundheit an, das Merkmal „Migrationshintergrund“ präziser zu erfassen. Reden müsse man auch noch darüber, ob der Verzicht auf die Angabe des zuletzt und des am längsten ausgeübten Berufs beibehalten werden soll: „Unser Anliegen ist es, das Krebsregister NRW so aussagekräftig wie möglich zu machen.“



Birgit Fischer (SPD)

Vera Dedanwala (SPD)

Rudolf Henke (CDU)

Dr. Jana Pavlik (FDP)

Marianne Hürten (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Oda-Gerlind Gawlik (SPD) erklärte, der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) habe zu dem Komplex 14 Zeugen gehört, darunter den früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Bundeswirtschaftsminister Clement. Dem Ausschuss seien 39 Aktenordner zur Verfügung gestellt worden: „Gesichtet und gewertet haben wir jedoch ein Vielfaches davon.“ Elf Tage habe die Beweisaufnahme, also die Vernehmung von Zeugen, gedauert. In 21 nichtöffentlichen Sitzungen seien Beschlüsse gefasst, die Ergebnisse der Beweisauf-

sei. Daraus wolle die Union politisches Kapital schlagen. Mit ihrem Sondervotum belege die CDU, dass sie lieber weiter einem Phantom hinterher jage und Verschwörungstheorien anhängte, als die Feststellungen des Ausschusses zu akzeptieren. Sie treibe „Geschichtsfälschung“.

Michael Breuer (CDU) beharrte darauf, Langer sei für seine dubiose Rolle beim Umzug aus Landesmitteln bezahlt worden. Über einen Umweg als Subunternehmer eines Berliner Architektenbüros

schaft auf Kosten des Landes und seiner Steuerzahler.“

Karl Peter Brendel (FDP) urteilte, der Ausschuss zeige, „wie sich die Verkrustung in einem seit Jahrzehnten SPD-regierten Land darstellt“. Christian Langer habe für seine Tätigkeit Geld erhalten – „und zwar nicht zu knapp“. Das sei geschehen, „weil er Teil des sozialdemokratischen Filzes in diesem Land, in dieser Regierung war“. Das Geld habe er nicht durch die Landesregierung erhalten, sondern auf eine andere „kreative“ Weise über eine Umwegfinanzierung. Das sei nicht in Ordnung und könne von der SPD nicht als „normaler politischer Vorgang“ deklariert werden. Ihren Standpunkt habe seine Fraktion in ihrem Sondervotum zum Ausdruck gebracht.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erklärte: „Das Verfahren und Gebaren beim Umzug in das Stadt- tor ist kritikwürdig und kann von grüner Seite keine Zustimmung finden.“ Die Fakten machten deutlich, dass die jahrelang gebets- mühlenartig wiederholten Vorwürfe der Union unhaltbar seien. „Wie ein Würstchen in Coca-Cola“, habe sich die Behauptung der Vetternwirtschaft durch die CDU aufgelöst, fand Sagel und fügte an, es sei auch kein Nach- weis erbracht worden, „dass im Zusammen- hang mit dem Umzug der Staatskanzlei öffent- liche Gelder unrechtmäßig geflossen sind“. Seine Partei billige politisch Clements Heran- gehensweise an den Umzug „keineswegs“. Hier habe Clement „mit der ihm eigenen spontanen und wenig kalkulierbaren Art im Hauruckver- fahren Tatsachen geschaffen“. Dieses „egoma- nische Verhalten“ sei sicher zu kritisieren. Aber der CDU sei es nicht gelungen, Material für die erhoffte Schmutzkampagne zum Wahlkampf- auftakt auszugraben, betonte Sagel.

Lob für konstruktive Arbeit im PUA

Opposition besteht auf Vorwurf der „Vetternwirtschaft“

Vor fünf Jahren zog nach dem Willen des damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) die NRW-Staatskanzlei aus der alten Villa Horion in das neu errichtete Düsseldorfer Stadt- tor um. Über die Umstände dieses Umzugs hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (Vorsitzende Oda-Gerlind Gawlik, SPD) einen 260-seitigen Teilbericht (Drs. 13/6000) vorgelegt. Der Landtag debattierte darüber am 10. November.

nahmen sowie die Erkenntnisse aus den eingeführten Akten diskutiert und bewertet worden. Ihr Fazit: „Unter dem Strich haben alle im PUA vertretenen Fraktionen engagiert und konstruktiv die Untersuchung vorangetrieben.“

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) meinte zur Sache: „Die Beweisaufnahme hat unwiderleg- bar ergeben, dass weder die Agentur Noventa noch deren Geschäfts- führer Christian Langer im Zusammenhang mit der Anmietung des Stadt- tors und dem Umzug der Staatskanzlei in das Stadt- tor vertragliche Beziehungen zum Land oder zur Lan- desregierung unterhalten haben.“ Be- wiesen sei auch: „Langer und dessen Agentur sind weder vom Land noch von der Landesregierung bezahlt worden.“ Bei dem Umzug habe es sich um einen „ganz normalen politischen Vorgang“ gehandelt – auch wenn seine Umsetzung nicht in der wünschenswerten Klarheit erfolgte

habe er 504.000 DM erhalten. Das Geld sei von dem Architektenhonorar in Höhe von 670.000 DM direkt an Langer weitergereicht worden. Warum neben zahlreichen Fach- beamten auch der Privatmann Langer einge- setzt werden musste, das „kann nur mit der Freundschaft zu Herrn Clement erklärt werden“. Das Ganze sei danach wei- tergegangen; Langer habe von 1999 bis 2002 insgesamt rund 20 Millio- nen „eingestrichen“ – für „Dienstleistungen, die sich nicht mit objek- tiven Kriterien mes- sen lassen“. Breuer: „Das ist ein in dieser Höhe und Intensität wohl einmaliger Fall von Vettern- wirt-

Zeugin im Komplex Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), den der PUA noch abzuarbeiten hat: Anja Kühlkamp (l.), GfW-Mitarbeiterin, begleitet von ihrem Rechtsbeistand Dr. Marcus Mosiek (r.).

Foto: Schälte



Bund leistet Beitrag Pläne mit der Ordensburg Vogelsang in der Eifel

Nach Ansicht der CDU muss die Landesregierung ein tragfähiges Konzept für die Burg Vogelsang vorlegen. Diese „Ordensburg“ der Nazis liegt im Gebiet des ersten Nationalparks des Landes und soll nach Freigabe durch die belgischen Truppen eine neue Nutzung finden. Den Antrag (Drs. 13/6166) überwies das Plenum an den federführenden Kulturausschuss.

Clemens Pick (CDU) verlangte, das Land müsse schon vor dem Abzug der Belgier deutlich machen, was mit dem Gelände geschehen soll. Die Zeit dränge, um Klarheit über die künftige Nutzung und Trägerschaft zu gewinnen. Das erwarteten Betriebe und Bürger, die gern investieren würden.

Manfred Böcker (SPD) warnte vor Schnellschüssen. Die Nutzung sei das Eine, eine Betrachtung der Geschichte dieser Burg das Andere, fand er und verwies zudem darauf, auch finanzielle Gesichtspunkte seien wichtig: Das erfordere „Sorgfalt und kühlen Verstand“.

Felix Becker (FDP) schlug vor, der Bund solle Eigentümer bleiben, eine Übertragung an das Land sei nicht erforderlich. Das „Gefrickel“ solle endlich zu einem Ende kommen.

Reiner Priggen (GRÜNE) erinnerte an die „gigantische historische Altlast“, die das Land übernehme. Das Interesse der Menschen sei groß, das Projekt gehe in seiner Bedeutung über die Eifel hinaus.

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) wies auf die „Ankernutzungen“ hin, auf die man sich geeinigt habe: Nationalparkinformationszentrum, Nationalparkverwaltung und ein Zentrum für Regional- und Zeitgeschichte mit NS-Dokumentationszentrum. Nach 2006 werde eine privatwirtschaftliche Rechtsform der Trägerschaft favorisiert. Der Bund müsse für Herrichtung des Geländes und Gebäudes eine erhebliche Summe zur Verfügung stellen. Da gebe es „positive Signale“.



Einen Eindruck von den Dimensionen der Burg Vogelsang vermittelt diese Luftaufnahme der von den belgischen Truppen als Kaserne genutzten Liegenschaft.

Die Bücher wie ein Kaufmann führen Neues Finanzmanagement für die Kommunen

Grundlegend soll das kommunale Haushaltsrecht reformiert werden: Die künftige Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen (Doppik) führt zwar nicht zu zusätzlichen Mitteln für die Gemeinden, ermöglicht ihnen aber ein Mehr an Steuerung und Transparenz. NKF- Neues Kommunales Finanzmanagement lautet darum die Formel des Gesetzentwurfs der Landesregierung (Drs. 13/5567), den der Landtag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU und gegen das Votum der FDP am 10. November in zweiter Lesung verabschiedet hat.

Ralf Jäger (SPD) strich den breiten Konsens heraus, den dieses Gesetz in und außerhalb des Landtags gefunden habe. Die Ablehnung durch die Liberalen sei eher formaler Natur. Grund für die Reform sei, dass die Kommunen des 21. Jahrhunderts in ihrem Handeln vor völlig anderen Herausforderungen stünden, als die alte Methode, die Kameralistik, es zulasse. „Das NKF löst die finanziellen Probleme sicherlich nicht, aber es wird sie zukünftig sichtbar machen.“

Franz-Josef Britz (CDU) sagte, was die Änderung bewirken wird: „Es wird das, was die Gemeinden an Finanzsituationen und damit an Problemen haben, deutlich, transparent und erkennbar machen für alle, die

daran interessiert sind.“ Der Abgeordnete nannte hier Rat, Verwaltung, Bürgerschaft und Kommunalaufsicht. Seine Fraktion habe sich an der Beratung intensiv beteiligt, „wir werden diesem Gesetz zustimmen“.

Christof Rasche (FDP) nannte die Korrekturwünsche seiner Fraktion, darunter keine Fristverlängerung bei der Einführung des Systems und bei der Überprüfung des Gesetzes. Die Liberalen begrüßten zwar das Gesetz und die NKF grundsätzlich; weil es aber „überflüssigerweise und inhaltlich falsch“ mit Bestimmungen über den Regionalverband Ruhr (Austrittsregelungen) verknüpft worden sei, müsse man es ablehnen.

Ewald Groth (GRÜNE) bezeichnete das neue Verfahren für die Landespolitik „beglückend“: Es habe kaum politischen Streit gegeben und keinen wirklichen Widerspruch. So etwas wünsche er sich im Bereich der Kommunen auch auf anderen Feldern. Die Grünen seien „Fanatiker einer doppischen Buchführung“, weil sie den Kommunen gestatte, den tatsächlichen Werteverbrauch transparent zu machen und den Gesamtressourcenverbrauch in einer Wahlperiode zusammenzubringen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) fand den Begriff „Jahrhundertreform“ bei diesem Gesetzesvorhaben nicht fehl am Platz. NRW könne stolz darauf sein, dass es als erstes Bundesland die gesetzlichen Voraussetzungen für diese Änderung des öffentlichen Rechnungswesens schaffe. Der Minister dankte ausdrücklich den sieben Modellkommunen, die das Verfahren erprobt haben. Dass die FDP nicht zustimmen könne, fand er „schade“. Ein positives Votum auch dieser Fraktion wäre ein „wirklich gutes politisches Signal gewesen“. Die Kommunen könnten künftig besser Kommunalpolitik machen. Die eingesparten Kosten würden sicher die Aufwendungen übertreffen, die die Einführung verursache.

VON GABRIELE SIKORA (SPD)

Nordrhein-Westfalen hat mit Hilfe der Europäischen Strukturfonds bereits große Fortschritte bei der Modernisierung der Infrastrukturen, der Revitalisierung alter Industriebrachen und der Verbesserung der Umweltsituation gemacht. Die wirtschaftsschwachen Regionen in NRW, insbesondere das Ruhrgebiet, haben den Umstrukturierungsprozess aber noch nicht abgeschlossen, sondern benötigen weiterhin Unterstützung bei der Modernisierung ihrer Wirtschaftsstrukturen.

Der EU-Förderkuchen wird nach 2007 jedoch kleiner werden. Daher müssen diese Finanzmittel treffsicher den Weg in die Mitte unserer Förderzielscheibe finden. Diese Zielscheibe besteht aus drei Kreisen: Der äußere Rand verkörpert den Bereich Arbeitsplatzeffekte. Es darf kein Euro in Projekte und Maßnahmen fließen, die nicht unmittelbaren Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben. Hierzu zählen auch die Weiterentwicklung des Humankapitals und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit.

Der mittlere Kreis betrifft das Kriterium Innovation. Produkt- und Prozessinnovationen schaffen Einkommen und Beschäftigung. Hierbei richten sich unsere Fördermaßnahmen besonders auf die Innovationspotentiale der kleinen und mittleren Unternehmen.

Im Zentrum unserer Zielscheibe findet sich schließlich die Nachhaltigkeit der Förderung. Wir müssen verhindern, dass Unternehmen nach der Förderung an Rhein und Ruhr in andere Regionen abwandern, weil dort höhere Investitionszuschüsse aus Brüssel locken. Uns liegt an einer langfristigen Entwicklung des Standortes. Der schnelle Euro ist mit uns nicht zu machen.



VON ILKA KELLER (CDU)

Die Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen durch die EU wird Ende 2006 in der bestehenden Form auslaufen. Darauf muss sich das Land einrichten und die Weichen entsprechend stellen. Schon jetzt ist abzusehen, dass es aufgrund der Ost-Erweiterung erstens weniger Geld geben wird und zweitens die flächendeckende Regionalförderung, wie sie bisher vor allem dem Ruhrgebiet zugute kam, aufgegeben wird. Gefragt sind also Strategien der Effizienzsteigerung und der Konzentration auf Schlüsselfaktoren für Wachstum und Beschäftigung. Die CDU in Nordrhein-Westfalen will deshalb eine Förderstruktur, die die Stärken stärkt. Wir müssen auf Zukunftsfelder in Forschung und Entwicklung setzen, also zum Beispiel auf Nachrichtentechnik, Telekommunikation, Biotechnologie und ihre medizinischen Anwendungsbereiche. Es reicht nicht, wenn in den Ministerien schöne Zukunftsprojekte entworfen werden. Neue Strukturen müssen von unten wachsen. Die Wirtschaftspolitik muss daher von der Globalsteuerung des Landes auf Regionalsteuerung umgestellt werden. Die Regionen sind als Profitcenter zu entwickeln, die miteinander im Wettbewerb um Fördermittel stehen. Um eine Dauersubventionierung zu vermeiden, müssen die Mittel zeitlich begrenzt vergeben werden. Staatliche Hilfen sollten nur fließen, wenn auch privates Geld zur Verfügung gestellt wird. Die Kriterien für die Vergabe von EU-Geldern lauten deshalb: Schwerpunktsetzung statt Gießkannenprinzip, Leistungsorientierung, Effizienz, regionale Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit für Wachstum und Beschäftigung.



VON DIETMAR BROCKES (FDP)

VON UTE KOCZY (GRÜNE)

Die EU-Strukturpolitik steht nach Ablauf der gegenwärtigen Förderperiode im Jahr 2006 vor neuen Herausforderungen. Mit der EU-Osterweiterung verschärfen sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen. Bei der Frage, nach welchen Kriterien EU-Mittel verteilt werden sollen, gibt es eine völlig neue Ausgangslage. Zu lesen war, dass die EU-Kommission von ihren alten Förderregionen abrückt und die Vergabe von Fördermitteln dezentralisiert. Künftig sind Projekte in allen Regionen der Europäischen Union förderungswürdig. Dass die EU-Förderung flexibilisiert wird, künftig Schwerpunkte geschärft und Ideen überzeugen müssen, ist richtig. Wir müssen wegkommen von einer Förderung nach dem Gießkannenprinzip und dem rasanten wirtschaftlichen Fortschritt Rechnung tragen können. Mit Blick auf NRW sollte die rot-grüne Landesregierung weder ostdeutsche Länder gegen das Ruhrgebiet ausspielen noch langfristig auf die Unterstützung aus Brüssel schielen. Vielmehr sollte Rot-Grün dafür sorgen, dass NRW durch eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen möglichst schnell vom EU-Tropf loskommt und auf eigenen Beinen stehen kann. Dazu brauchen wir dringend eine Verbesserung der Investitions- und Wachstumsbedingungen. Das ist möglich mit der steuerlichen Entlastung des Mittelstands, einem umfassenden Bürokratieabbau, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und niedrigen Lohnnebenkosten.



Zurzeit wird intensiv über die Ausgestaltung der Strukturfondsförderung ab 2007 beraten. Auf der Grundlage eines solidarischen Verständnisses des europäischen Integrationsprozesses steht für uns dabei eine Konzentration der Mittel auf die strukturschwächsten Regionen speziell in den neuen Mitgliedsländern außer Frage. Außer Frage steht für uns aber auch, dass NRW weiterhin an den Mitteln der europäischen Strukturfondsförderung partizipieren muss, denn das Land hat bei der Bewältigung des Strukturwandels zwar erhebliche Fortschritte gemacht, diesen langwierigen Prozess aber bei weitem noch nicht endgültig geschafft. Deshalb ist zu begrüßen, dass die EU-KOM etwa 22 Prozent der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel jenseits des bisherigen Ziels 1 einsetzen möchte. Wir begrüßen auch, dass sich die Mittelvergabe stärker an den Zielen des Lissabon-Prozesses orientieren soll. Dabei ist aber klar, dass zu Lissabon nicht nur die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern spätestens seit Göteborg auch ökologische Modernisierung und Armutsbekämpfung gehören. Insofern findet neben dem Schwerpunkt „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“ der Schwerpunkt „Umwelt und Risikoverhütung“ unsere besondere Zustimmung. So können Fördermittel auch weiterhin erfolgreich für NATURA-2000-Gebiete eingesetzt werden. Überdies erwarten wir, dass die Chancengleichheit der Geschlechter im Berufsleben analog zur aktuellen Förderperiode auch zukünftig ein herausragendes Ziel bleiben wird.



Was wird, wenn VIVA geht?

Medienausschuss: Standortverlagerung und DVB-T-Start

Der US-Konzern Viacom überlegt, die Standorte der Musiksender Viva und Viva Plus nach deren Übernahme von Köln nach Berlin zu verlagern. Damit wären am Rhein bis zu 540 Arbeitsplätze bedroht. Eine Nachricht, die kurz nach dem Tag der Medienkompetenz (siehe Bericht Seite 12) auch im zuständigen Ausschuss die Debatte über Ansiedlungspolitik von Medienunternehmen in NRW auslöste.

Das Nachrichten-Magazin Spiegel hatte Medienstaatssekretärin Professor Miriam Meckel in diesem Zusammenhang zitiert, ein Umzug sei gegen informelle Absprachen. Man werde gegebenenfalls die Lizenzierungsbedingungen prüfen. Darüber hinaus habe sie auch eine Änderung des Landesmediengesetzes nicht ausgeschlossen.

„Ich habe mit dieser Form der Kommunikation nicht begonnen, sondern nur auf eine Aussage von Frau Mühlemann (Anmerkung: designierte Chefin des neuen Unternehmens) reagiert“, betonte Meckel. „Alles, was Sie gelesen haben, ist reine Spekulation.“ Natürlich sei die Standortwahl eine unternehmerische Entscheidung. Selbstverständlich führe die Landesregierung aber Gespräche mit Viacom, zu deren Konzern ja auch der Sender MTV gehört.

„Durchaus positiv“, bewertete Meckel diese Sondierungen. Über Details habe man aber Stillschweigen vereinbart. Generell gebe es jedoch klare informelle Absprachen. Viacom habe den Standort Köln geprüft und festgestellt, dass eine Fortführung von Viva ohne ihn nicht möglich sei. „Ich gehe davon aus, dass diese Absprachen gelten“, so Meckel.

Eine endgültige Entscheidung über die Standortverlagerung kann laut Meckel sowieso erst Anfang nächsten Jahres fallen. Hintergrund hierfür sei die Rechtsform der Übernahme. Dies soll mittels eines so genannten Beherrschungsvertrages geschehen und dieses Verfahren dürfte inklusive Eintrag ins Handelsregister und Hauptversammlung erst im Februar abgeschlossen sein.

Schon die Koffer für Berlin gepackt? Der Eingang des Gebäudes des Musiksenders Viva in Köln.

Voraussetzungen seitens der Sender etwas ändert, was nicht mit der Landesmedienkommission besprochen wurde, muss neu verhandelt werden“, machte Brunn, selbst Mitglied dieser bei der LfM zuständigen Kommission, deutlich, dass man den ganzen Vorgang auch da genau beobachtet.

Dabei geht es jedoch nicht in erster Linie um den Schwerpunkt Standort, sondern um die Struktur des Programms. Viacom habe mittlerweile zugesagt, dass sich die Struktur von Viva Plus nicht ändern werde, so LfM-Sprecher Dr. Peter Widlok gegenüber Landtag intern. Deshalb habe die Kommission wie geplant am 19. November über die Kabel-Lizenzen entschieden – und dabei auch Viva und Viva Plus berücksichtigt.

„Sind wir mit unserem offenen Medienmarkt wirklich gut aufgestellt?“, verwies Marc Jan Eumann (SPD) auf ein generelles Problem angesichts der „un-

streitigen Konzentrationsphase der internationalen Medienkonzerne“. Während US-Konzerne wie Viacom problemlos in der BRD agieren können, sei das beispielsweise für deutsche Unternehmen in den Staaten kaum möglich. „Das werden wir aufgreifen müssen“, sah auch Meckel seitens der Landesregierung Handlungsbedarf.

FLÄCHENDECKUNG

Wesentlich positiver waren die Nachrichten, die Joachim Bareiß, Leiter des Projektbüros „DVB-T in Nordrhein-Westfalen“, zu dem am 8. November gestarteten digitalen Antennenfernsehen für die Region Düsseldorf und Ruhrgebiet im Gepäck hatte. Wie bereits am 24. Mai in der Region Köln/Bonn habe es einen problemlosen Start gegeben.

Für die reibungslose Einführung sei die Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW besonders wichtig gewesen. Das Interesse an DVB-T sei hoch, was einerseits an dem großen Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Verkaufszahlen für die erforderlichen Set-Top-Boxen zu erkennen sei. Etwa 390.000 gingen allein in NRW in diesem Jahr über die Ladentheken.

Derzeit erreicht die neue Technik 14 von 18 Millionen Einwohnern. Im nächsten Schritt kommt der Raum Bielefeld/Ostwestfalen hinzu. Damit beschäftigt sich bereits eine technische Arbeitsgruppe. Danach folgen Aachen und Münster. Ziel, so Dr. Michael Brinkmeier (CDU), müsse sein, bis zur WM 2006 das neue System flächendeckend eingeführt zu haben.

voK

SENDELIZENZ

Es gebe klare gesetzliche Grundlagen für die Erteilung von Lizenzen, verwies Anke Brunn (SPD) auf die Zuständig- und Unabhängigkeit der Landesanstalt für Medien (LfM). „Wenn sich an den



Sicher in Informationsdickicht und Dschungelcamp

Tag der Medienkompetenz im Landtag NRW

3-2-1- meins – der Slogan eines Internetauktionshauses ist mittlerweile fast so bekannt wie das ABC. Aber welche Kompetenzen braucht der Bürger, um sicher durch das digitale Überangebot zu navigieren? Was müssen Eltern können, um den Videospiele-Enthusiasmus ihrer Sprösslinge verantwortlich zu begleiten? Antworten auf diese Fragen lieferte der zweite „Tag der Medienkompetenz in NRW“, den der Landtag NRW am 9. und 10. November ausrichtete.

NRW macht Lust auf Medien“, eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt das Symposium „NRW: Neues Lernen – Tag der Medienkompetenz“.

„85 Prozent der 12- bis 19-Jährigen haben von zu Hause aus Zugang zum Internet. 100 Prozent in ihrem weiteren Umfeld. Das ist eine erfreuliche Tendenz“, äußerte sich die Vorsitzende des Medienausschusses, Claudia Nell-Paul (SPD). „Jedoch wird vor allem der kritische Umgang mit den Inhalten immer wichtiger“, betonte sie. Das gelte nicht nur für die neuen Medien, sondern gerade heute auch für die „Klassiker“ Zeitung, Radio und Fernsehen. Denn: „Welche Inhalte vermittelt uns eigentlich das Dschungelcamp?“

Professor Dr. Miriam Meckel, Staatssekretärin für Internationales, Europa und Medien in NRW, zeigte sich besorgt über die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen. „Es geht nicht, dass unsere Gesellschaft geteilt ist in die, die Zugang zum Internet haben, und jene, die keinen Zugang haben.“ Ziel der Landesregierung sei es, allen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

„KOMPETENTE ALTE“

Die Hauptpersonen des Nachmittags waren die Teilnehmer der Arbeits- und Mediengruppen, bestehend aus Schülerinnen und Schülern, Abgeordneten und Vertretern der Generation der Junggebliebenen. „Nennen Sie uns ruhig ‚kompetente Alte‘“, so eine Vertreterin dieser Personengruppe augenzwinkernd.

Gruppe eins widmete sich dem Thema

„Mit Medien unternehmen – welche Kompetenzen brauchen wir?“ und forderte vor allem Lebenslaufmanagement. Das bedeutet: Schule macht fit für die selbstständige Lebensplanung, während eine stärkere Vernetzung von Schule und Arbeitsmarkt den jungen Leuten mit Informationen über die Berufswelt Perspektiven aufzeigt. Außerdem gehöre zu Medienkompetenz auch Methodenkompetenz: Im Unterricht muss gelehrt werden, wie man lernt.

Die Schüler des Georg-Simon-Ohm-Berufskollegs in Köln feierten mit ihrem fetzigen Hip Hop Video Weltpremiere, wohingegen die Video-Arbeitsgemeinschaft der Goetheschule Essen in einem nachdenklichen Dokumentarfilm zum Thema „Games without frontiers – Spiele ohne Grenzen?“ auf die vielfältigen



„Medienkompetenz bedeutet nicht, nur zu konsumieren, sondern auch, Radio, Fernsehen oder Internet selber zu machen“, ermutigte Claudia Nell-Paul die Besucher.

Gefahren ausschweifenden Videospielkonsums aufmerksam machte. Wer in die Rolle von Terroristen und Monstern schlüpft, kann schnell die Bodenhaftung verlieren.

Computerspiele sind spannend, sie machen Spaß, sind lehrreich und nicht mehr weg zu denken. Nicht selten sind sie aber auch gewalttätig. Es bedarf also der Fähigkeit zu wählen. Deswegen wünschte sich Arbeits-



Marc Jan Eumann (SPD)

gruppe zwei den Einzug der Computerspiele in die Schule. Außerdem sollten auch Eltern ihre Hemmungen abbauen und sich ans Videospiele heranzuführen lassen.

COMPUTERSPIELE

In der Podiumsdiskussion stellten sich Vertreter der vier Landtagsfraktionen dem direkten Dialog mit Schülerinnen und Schülern. Zum Auftakt verlangte die Frage: „Sollen gewalttätige Computerspiele verboten werden?“ nach einer Antwort.

Marc Jan Eumann (SPD) hielt es für sinnvoll, die Jugendlichen in die Diskussion über die altersgestaffelte Freigabe von Computerspielen mit einzubeziehen. Der Tag der Medienkompetenz böte für diese Auseinandersetzung eine Plattform. „Ihre Vorschläge werden in die politische Auseinandersetzung mit einfließen“, versprach er.

„Viel interessanter finde ich die Grenze zwischen Grenzenlosigkeit und Tabulosigkeit“, wandte Oliver Keymis (GRÜNE) ein. Zur Medienkompetenz gehöre die Entwicklung einer hinterfragenden Haltung. „Wir brauchen kein neues Gesetz, sondern müssen die Menschen in die Lage versetzen, technisch, geistig und moralisch mit den Angeboten umzugehen“, erklärte Keymis.

„Wo ziehen wir die Grenze, damit die Menschenwürde nicht verletzt wird?“ fragte Dr. Stefan Berger (CDU), der als Mitglied im Medienausschuss die CDU-Fraktion vertrat. Die Gesellschaft müsse sich in erster Linie klar werden, was sie wolle und was nicht. Die CDU zöge den Weg der freiwilligen Selbstkontrolle einem Verbot vor. Im Übrigen gelte: „Medienkompetenz wird nicht verordnet, sondern vor Ort an den Schulen entwickelt.“

Der medienpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Stefan Grüll, wies darauf hin, dass Verbote unter anderem auch wegen des

Gemeinsames Anliegen

Selten kommt es vor, dass sich die vier Fraktionen einig sind. Beim Tag der Medienkompetenz war das der Fall. Der entspringt einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, und war im letzten Jahr so erfolgreich, dass nun die Fortsetzung folgt. Auftraggeber sind die Staatskanzlei und der Landtag NRW als Mitveranstalter und Gastgeber. Im Vorfeld setzten sich Abgeordnete, Schüler und Junggebliebene in Arbeitsgruppen zusammen und bereiteten das Symposium „NRW: Neues Lernen“ vor. Eine begleitende Ausstellung am 10. November band Medienkompetenzprojekte und die Medienwirtschaft NRWs ein.



Oliver Keymis (GRÜNE)

Dr. Stefan Berger (CDU)

Dr. Stefan Grüll (FDP)

Reizes des Verbotenen nicht weiterhelfen. „Die FDP setzt auf Freiwilligkeit.“ Besonders in Erinnerung geblieben sei Grüll außerdem das von einem Schüler zitierte Bild des unmotivierten Lehrers, der hinter dem Pult mehr liege als stehe. Für die Bereitschaft der Kollegien, mit neuen Medien zu arbeiten, müsse etwas getan werden.

Dr. Elmar Schulz van Heyden, Staatssekretär im Ministerium für Schule, Jugend und Kinder forderte, dass die Schule überlegt, wie sie das Medium selber zum Gegenstand des Unterrichts machen könne. Dazu bedürfe es keines neuen Fachs. Vielmehr sollten diese Inhalte fächerübergreifend integriert werden.

AUSSTELLUNG

„Schauen ist gut, durchschauen ist besser!“ Professor Dr. Norbert Schneider, Chef der Landesanstalt für Medien NRW, gab das Motto für den zweiten Teil des Tags der Medienkompetenz vor. Oder anders: „Wenn wir wissen, wo wir die Sahne finden, müssen wir sie nur noch schlagen.“

Bei der Suche behilflich war die Medienkompetenz-Ausstellung, die Claudia Nell-Paul (SPD), Vorsitzende des Medienausschusses, in Vertretung des Landtagspräsidenten gemeinsam mit Ministerpräsident Peer Steinbrück am Vormittag des 10. November im Landtag eröffnete.

„NRW ist stolz auf 350.000 Arbeitsplätze in der Medienwirtschaft“, stellte Steinbrück die Wichtigkeit der Medien für die Wirtschaft NRWs heraus. „Aber an Stelle eines Videospiele könnte man vielleicht hin und wieder zu einem Brettspiel greifen oder eine Unterhaltung führen“, warb der Ministerpräsident auch für die altbewährten Kommunikationsformen.

RALLYE

„dipp.nrw‘ ist die Abkürzung für ... ?“ lautete Frage 24 der Rallye zur Medienkom-

petenz-Ausstellung, bei der 50 Aussteller ihre Projekte und Angebote präsentierten. Die Antwort: „dipp.nrw“ ist keine rheinisch-westfälische Nacho-Sauce, sondern die Abkürzung für „Digital Peer Publishing“, was wiederum für den Auf- und Ausbau von elektronischen Fachzeitschriften steht.

Anhand von 31 Fragen hangelten sich Schülergruppen und Einzelteilnehmer an der bunten Angebotspalette entlang. Die Radio-Olympiade vom Jugendradio NRW und LizzyNet – ein Angebot für onlinekompetente Mädels von Schulen ans Netz, waren nur einige Stationen auf den Rallyepfaden durch die Wandelhalle. Am Stand von Inter-Ned, dem Kompetenz-Netzwerk Niederlande /NRW, konnte man sich über alles rund um Geschäfte in und mit den Niederlanden informieren, wohingegen bei der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen der Einstieg in die Medienkarriere durch Praktikumsplätze winkte.

Es blieb der Wunsch, dass auf den gelungenen zweiten Tag der Medienkompetenz im Landtag NRW im nächsten Jahr Teil drei folgt. Vertreter aller vier Fraktionen versprachen, sich für die Fortsetzung einzusetzen.

YV

Foto: Schälte



„Wettbewerb ist immer noch ein Fremdwort“

Zehn Jahre Bahnreform: Experten ziehen im Verkehrsausschuss Bilanz

Januar 1994 fiel der Startschuss für die Bahnreform. Damals war die Rede von dem Beginn einer „neuen Bahn-Ära“. Zehn Jahre später: Während die Deutsche Bahn AG (DB AG) im Rückblick von einer „Erfolgsstory“ spricht, machte sich unter den Sachverständigen, die im Rahmen einer Anhörung im Verkehrsausschuss (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) gehört wurden, Ernüchterung breit. Sie sahen die drei zentralen Ziele der Reform, – mehr Verkehr auf den Schienen, Liberalisierung des Eisenbahnmarktes und weniger Belastung für die Steuerzahler –, nicht oder allerhöchstens im Ansatz verwirklicht. Diskutiert wurde auf Grundlage des Antrags von Rot-Grün „Zehn Jahre Bahnreform – Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?“ (Drs. 13/5549).

In drei Punkten herrschte bei der Mehrheit der Sachverständigen Konsens: 1. Das 1994 auf den Weg gebrachte Konzept der Bahnreform ziele auch aus heutiger Sicht noch in die richtige Richtung. 2. Die damals ins Auge gefasste Umorganisation konnte bislang nur bedingt realisiert werden. 3. Vorrangige Aufgabe müsse es sein, durch die Trennung von Netz und Betrieb einen diskriminierungsfreien Zugang Dritter zum Netz sicherzustellen und somit mehr Wettbewerb und Qualität auf die Schiene zu bringen.

MONOPOLSTELLUNG

Die Wurzel allen Übels sei der mangelnde Wettbewerb, so die mehrheitliche Expertenmeinung. Auch zehn Jahre nach der Bahnreform liege das „de facto-Monopol“ immer noch bei der „Staatsbahn“. Trotz erheblichen Einsatzes von Staatsmitteln, beispielsweise für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitstrassen, sei es nicht gelungen, die Verkehrsströme von der Straße auf die Gleise zu verlagern und eine „Renaissance der Schiene“ zu realisieren. Gemessen an dem Gesamtverkehrsaufkommen habe der Anteil des Schienenpersonenfern- und des Schienengüterverkehrs sogar abgenommen. Viele der fast 300 privaten Unternehmen in

Deutschland, die seit der Liberalisierung eine Lizenz zum Bahnfahren erworben haben, seien mittlerweile wieder vom Markt verschwunden. Es sei nicht gelungen, auf der Schiene einen „offenen Wettbewerb unter Gleichen“ zu schaffen.

Zudem sei es auch nicht länger akzeptabel, dass die DB AG aus Steuermitteln jährlich Milliardenbeträge bereit stellt und stellen muss, um allein die Funktionsfähigkeit des Schienennetzes sicher zu stellen. Hierzu die Verkehrsexperten: Ein attraktiver, qualitativ hochwertiger und vor allen Dingen kosteneffizienter Schienenverkehr setze voraus, dass eine Vielzahl von Schienenunternehmen auf dem freien Markt miteinander konkurriere, mit allen unternehmerischen Chancen und Risiken. Der DB Konzern solle daher auf den Transportbetrieb reduziert und konsequent vom Netz getrennt werden. Dies sei nicht zuletzt auch Wille der EU-Kommission.

Bei aller Kritik gab es jedoch auch Erfreuliches zu vermelden: Die Reform habe dazu geführt, dass das Leistungsangebot im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) seit 1994 um mehr als 33 Prozent gestiegen ist, berichtete ein Nahverkehrssprecher. Darüber hinaus seien in einzelnen Gebieten bereits über 40 Prozent der SPNV-Leistungen im Wettbewerb auch an Anbieter von Privatbahnen vergeben worden. Diese positive Entwicklung stoße mittlerweile jedoch an Grenzen, da

vielerorts das Schienennetz bereits ausgelastet sei oder die Trassen sich in einem sehr schlechten Zustand befänden. Grund hierfür seien die Trasseneinnahmen, die heute bei weitem nicht mehr ausreichten, um eine nachhaltige Instandsetzung oder gar eine Re-Investition in das Bestandsnetz zu finanzieren.

WIDERSPRUCH

Für Überraschung sowohl bei den Sachverständigen als auch auf Seiten der Abgeordneten sorgten die Vertreter der DB AG, die noch während der laufenden Anhörung eine Presse-Information austeilten, die bereits eine resümierende Stellungnahme zu dem Expertenhearing enthielt. Hier war zu lesen, dass der Steuerzahler durch die Bahnreform deutlich entlastet worden sei. Zudem finde die oft behauptete Benachteiligung oder Behinderung von Wettbewerbern auf der Schiene nicht statt. Auch die Forderung der Experten nach einer Trennung von Netz und Betrieb wurde erwartungsgemäß zurückgewiesen: Eine Ausgliederung des Netzes aus dem DB-Konzern würde das System Schiene insgesamt schwächen und liefe auf eine Re-Verstaatlichung des Netzes hinaus. Rücken-deckung erhielt die DB AG von den Vertretern der Gewerkschaft Transnet: Eine Herauslösung des Infrastrukturbereichs bedeute zwangsläufig eine weitgehende Segmentierung bzw. Zerschlagung des Konzerns.

Die Auswertung der Anhörung ist für eine der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses vorgesehen. **ax**



Leitbilder des kulturellen Austauschs

zwischen Deutschen und Balten waren Gegenstand des Vortrags, zu dem der stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe, Werner Jostmeier (L), Professor Thomas Althaus vom Institut für Deutsche Philologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (r.) begrüßen konnte.

GmbH, öffentlich-rechtlicher Vertrag oder Anstalt des öffentlichen Rechts? Welche Rechtsform soll die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) haben, die im nächsten Jahr das Arbeitslosengeld II (ALG II) auszahlt? Unter anderem diese Frage stellte der Sozialausschuss Sozialausschuss unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) Experten in einer Anhörung zum Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG- SGB II NRW, Drs. 13/5953).

Est steht bisher, dass die ARGE sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des kommunalen Trägers und der örtlichen Agentur für Arbeit zusammensetzt. Der Bundesgesetzgeber hat die Rechtsform nicht näher bestimmt, sondern die Ausgestaltung ausdrücklich in die örtliche Verantwortung gelegt. Auch das Landesausführungsgesetz sieht bislang keine rechtliche Normierung vor. Vielmehr wurden den örtlichen Verhandlungspartnern Musterverträge für die Organisationsform als GmbH oder

Papier ist geduldig – und mitunter zahlreich wie in dem Fall der Anhörung des Sozialausschusses.

Foto: Schälte

für einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Verfügung gestellt. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände baten darum, die Anstalt des öffentlichen Rechts als mögliche Rechtsform in das Landesgesetz aufzunehmen, da so einige Probleme zu lösen seien: So hat eine GmbH nicht die rechtliche Befugnis, Bescheide zu erteilen. Wohingegen eine durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag verbundene Kooperation kein eigenes Personal einstellen kann.

„Wir wünschen uns, dass die Anstalt des öffentlichen Rechts als Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird,“ forderten Vertreter von Städtetag und Landkreisverband.

Christiane Schönefeld, Leiterin der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, unterstützte die Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht. Im Rahmen der durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten ließen sich gute Regelungen finden.

KOMMUNEN

„Die Kommunen werden durch Hartz IV finanziell entlastet“, hatte Bundeswirtschafts-

Ringen um die richtige Rechtsform

Sozialausschuss hört Sachverständige zu Hartz IV

minister Clement versprochen. Um dieses Versprechen einzuhalten, sollen über die Länder



Steuermittel ins Geldsäckel der Kommunen fließen. In welcher Form dies passiert, entscheidet ebenfalls das Land. Außerdem steuert das Land die für die Auszahlung des wegfallenden Wohngelds vorgesehenen Mittel bei.

Der Städtetag bat das Land in diesem Zusammenhang um die Weiterleitung des tatsächlichen Wohngeldetats. Derzeit sieht das Ausführungsgesetz vor, zunächst den Ausgleich Ost abzuziehen.

Marlis Bredehorst, Beigeordnete der Stadt Köln, appellierte um Unterstützung: „Die Kommunen sind am Rande des Möglichen angelangt.“ Sie begrüßte ebenfalls die Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Die private Rechtsform der GmbH sei in

diesem Zusammenhang nicht angemessen. Hauptanliegen der Sozialdezernentin war die Frage der Kostenerstattung an die Kommunen. Es sei nur einmal im Monat möglich, eine Rechnung an das Land zu stellen.

Erwartungsgemäß dauere es drei bis vier Monate, bis die Mittel schließlich die Kommune erreichten. Für die 300 Millionen Euro, die Köln an Kosten der Unterkunft an ALG II - Empfänger auszahlen müsse, entstünden nicht unerhebliche Zinskosten, wenn die Stadtkämmerei drei oder vier Monate in Vorleistung gehen müsse.

Christine Weinbörner, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, forderte, dass das Landesgleichstellungsgesetz auch in den ARGEs Anwendung fände. Besonders skeptisch sei sie bei dem Vorhaben der Bundesagentur, den entstehenden Bedarf bei der Kinderbetreuung in 1 Euro Arbeitsgelegenheiten umzuwandeln. Dadurch werde ein qualifizierter Frauenberuf zu einer Arbeitsgelegenheit herabgestuft. „Wir brauchen spezielle Programme für Berufsrückkehrerinnen. Ein Monitoring des Landes muss die besondere Situation von Wiedereinsteigerinnen überwachen“, waren weitere Anliegen der Gleichstellungsbeauftragten.

KOOPERATION

Rainer Bischoff (SPD) bemerkte, dass es für die verunsicherten Hilfebeziehenden von großer Wichtigkeit sei, klare Verhältnisse zu schaffen. „Es ist egal, ob das Geld von der ARGE oder der Bundesagentur kommt, aber die Menschen müssen wissen, was auf sie zukommt“, warb er für zügige Verhandlungen.

„Gibt es unterhalb der ARGE eventuell noch eine Rechtsform, in der Kommune und Arbeitsagentur ihre Kooperation festschreiben können, während die ARGE-Verhandlungen noch laufen?“ wollte Barbara Steffens (GRÜNE) wissen.

So eine Kooperationsform sei nicht nötig, fand Christiane Schönefeld. Es sei besser, zum gleichen Zeitpunkt überall dasselbe Modell zu haben, anstatt einer unterschiedlichen Anzahl von Behelfslösungen entgegen zu gehen. YV



Eintrag ins Gästebuch – Mehmet Hakan Olcay (l.) ist als neuer türkischer Generalkonsul in Düsseldorf Ansprechpartner für die größte türkische Gemeinde Deutschlands, die in Nordrhein-Westfalen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hob beim Besuch des 42-jährigen studierten Wirtschaftswissenschaftlers die wichtigen Beziehungen zwischen dem nordrhein-westfälischen Parlament und der Türkei hervor und erinnerte an die Gründung der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe im Sommer 2002. Der Präsident begrüßte auch die bevorstehenden Beitrittsgespräche zwischen der EU und der Türkei.

Foto: Schälte

Bürger blicken in die Röhre

Hausanschlüsse müssen auf Dichtheit geprüft werden

Viele Hauseigentümer wissen es noch nicht: Sie müssen (auf eigene Kosten) aus Gründen des Umweltschutzes die Dichtheit ihrer Hausanschlüsse prüfen und Schäden gegebenenfalls beheben lassen – bis 2005 bei allen Bauten, die in Wasserschutzzonen liegen; alle anderen sind bis zum Jahr 2015 dran. So steht es in der Landesbauordnung. Ob und wie das zu schaffen ist, darüber führte der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen unter Leitung des Vorsitzenden Wolfgang Röken (SPD) mit Sachverständigen eine öffentliche Anhörung durch. Zur Problematik dieser Dichtheitsprüfung haben die Fraktionen Anträge vorgelegt, die CDU unter Drucksache 13/5607 und die FDP (Drs. 13/5063). SPD und Grüne sind Verfasser eines Entschließungsantrags (Drs. 13/5640).

Den Umfang der Aufgabe umriss mit ein paar Zahlen Otto Schaaf von den Kölner Stadtentwässerungsbetrieben. Die öffentliche Kanalisation, das hätten Untersuchungen ergeben, sei zu etwa 17 Prozent sanierungsbedürftig. Die Schadensquote im Bereich der Grundstücksentwässerung werde dagegen mit 40 bis 70 Prozent beziffert.

INFORMATIONSDEFIZIT

Viele Hausbesitzer (und natürlich auch Mieter, auf die solche Nebenkosten üblicherweise abgewälzt werden) wüssten nicht, was auf sie zukommt. Diesem Informationsdefizit sei in erster Linie auf kommunaler Ebene entgegen zu wirken. Eine Öffentlichkeitskampagne mit Unterstützung der Landesregierung wäre hilfreich, fand Hans-Ulrich Ruf von der Architektenkammer NRW.

Der Verweis auf die Tiefbauämter der Gemeinden gehe an der Realität vorbei. Die seien

nicht in der Lage, Bürgern zu helfen, die sich Rat heischend mit einem Kostenvoranschlag einer Kanalreinigungsfirma an das Amt wenden: Ist die Rechnung korrekt oder überhöht? Das meinte Michael Senk von der Stadt Pulheim und warnte vor „schwarzen Schafen“ unter den Firmen, die sich auf diesem Gebiet tummeln. Die Not der Bürgerschaft sei verständlich, darum müssten eindeutige Regelungen und Hinweise Klarheit schaffen.

Es gebe nicht genügend qualifizierte Prüfungsunternehmen, stellte Wolfgang Wutschig vom Verband Deutscher Rohr Kanal- und Kanal Rohr-Technik-Unternehmen fest. Aus diesem Grund habe sein Verband einen Lehrberuf geschaffen und lege Wert darauf, dass sich die Firmen den angebotenen Lehrgängen unterzögen. Die Devise müsse lauten: „Mehr Qualität und weniger Pfusch!“ Darum sei die ausgeführte Arbeit von neutraler Stelle zu kontrollieren: „Nur so wird Qualität erzeugt.“

Für eine gesteuerte Verstetigung der Nachfrage nach Leistungen zur Inspektion, Reinigung und Renovation der Anschlüsse sprach sich Unternehmensberater Karl-Heinz Seidel aus. Sonst komme es kurz vor Ablauf der ge-

setzlichen Fristen zu einer solchen Steigerung, dass unseriöse Firmen eine Chance sehen, die Bürger mit schlechten Leistungen zu schädigen. Warum nicht Mittel aus der Abwasserabgabe dazu verwenden, um Bürgern und Unternehmen einen Anreiz zu geben, nicht erst kurz vor Ablauf der Frist, sondern schon früher aktiv zu werden?

FRISTENFRAGE

Die Fristen sollten nicht verlängert werden, warnte Roland W. Waniek vom Institut für Unterirdische Infrastruktur. Sonst stehe man im Jahr 2014, wenn es um alle Hausanschlüsse gehe, vor der gleichen Situation wie 2004. Der Bürger sei oft unzureichend über den Zustand der Kanalisationsleitungen seines Hauses informiert, erklärte Waniek. Aber wenn er etwa das Know-how der kommunalen Ämter nutzen könne und technisch beraten werde, wie sein eigenes Problem zu lösen ist, dann ziehe er mit und setze die erforderlichen Maßnahmen um.

Heike Hellkötter von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände des Landes klärte auf, nach derzeitiger Rechtslage werde die Bauaufsicht nur tätig, wenn ihr ein konkreter Gefahrentatbestand bekannt ist. Vorbeugend tätig zu werden oder eine Flächendeckung zu erreichen, dazu fehlten der Bauaufsicht Zuständigkeit und Personal. Sie schlug vor, das Problem nicht in der Bauordnung, sondern im Wassergesetz zu regeln.

Die rechtliche Ansiedlung sei nebensächlich, Hauptsache sei, dass jetzt etwas geschieht, meinte Rolf Rehling von der GrundstücksEntwässerungskontrolle in Schwerte. Er favorisierte koordinierten Vollzug und flächendeckendes Vorgehen unter Beteiligung der Versorger und der Entsorger. So seien Kosten überschaubar zu halten. Der Bürger sehe anderenfalls in der Dichtheitsprüfung nur „staatliches Abkassieren mit ungewisser Forderungshöhe“.

Benachteiligt Hartz IV Frauen? Bundesagentur informiert Ausschuss

Die Arbeitsmarktreform Hartz IV und die damit verbundenen Einschnitte bei den sozialen Sicherungssystemen bewegten diesen Sommer die Gemüter. Aber wie sieht es aus mit den Auswirkungen auf eine Personengruppe, die mit 52 Prozent Bevölkerungsanteil in NRW kaum als Minderheit zu bezeichnen ist, den Frauen? Um dieser Frage nachzugehen, lud der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz Inge Howe, SPD) die Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Christiane Schönefeld, zu einem Gespräch ein.

Der Frauenanteil am Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe lag im Oktober bei 41,2 Prozent. Ihr Anteil an den Beziehern von beruflichen Weiterbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen machte 50,2 Prozent aus“, informierte Christiane Schönefeld den Ausschuss. Diese Zahlen sprächen eine deutliche Sprache. „Das macht klar, dass arbeitslose Frauen gegenüber Männern nicht benachteiligt werden“, so Schönefeld.

Im nächsten Jahr stünden der Bundesagentur weniger Mittel für Weiterbildung zur Verfügung. Außerdem werde der Anteil an langfristigen Eingliederungsmaßnahmen, wie beispielsweise Umschulungen, zu Gunsten von kurzfristig wirksamen Maßnahmen zurück gefahren. Leichter integrierbare Arbeit-suchende würden zukünftig vorgezogen, denn „die Integrationswahrscheinlichkeit wird zur Bedingung für die Teilnahme an einer Maßnahme“. Dadurch kämen Berufsrückkehrerinnen im nächsten Jahr weniger in den Genuss von Fördermaßnahmen, da Mütter oftmals über einen längeren Zeitraum dem Arbeitsmarkt fern gewesen und damit schwer integrierbar seien.

Marianne Hürten (GRÜNE) widersprach und führte an, bei früheren Programmen hätten die Berufsrückkehrerinnen mit 80 Prozent eine sehr hohe Eingliederungsquote gehabt, so dass eine geringere Eingliederungswahrscheinlichkeit kaum als Grund gelten könne, dieser Personengruppe die Fördermaßnahmen zu verweigern.

PARTNEREINKOMMEN

Viele Frauen fielen im nächsten Jahr aus dem Hilfebezug heraus, da das Einkommen ihres Partners angerechnet werde, gab Gerda Kieninger (SPD) zu bedenken: Würden diesen Frauen dann noch Qualifizierungsmaßnahmen angeboten?

Regina van Dinther (CDU) forderte die Bundesagentur auf, in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen zu nennen.

Christiane Schönefeld räumte ein, dass aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens schätzungsweise 20 Prozent der Frauen aus dem Leistungsbezug heraus fielen.

Zwar hätte man auch Anspruch auf Eingliederung, wenn man keine Hilfe beziehe. Jedoch sei der Anteil derer, die keine Hilfe erhielten, in den Maßnahmen erfahrungsgemäß gering.

MINI-JOBS

Unter den Hilfeempfängerinnen gehe die große Angst um, ab 2005 verstärkt in Mini-Jobs vermittelt zu werden, erklärte Helga Gießelmann (SPD). Sie zeigte sich darüber sehr besorgt: „Das Ziel soll schließlich die Vermittlung in existenzsichernde Arbeit sein.“

Christiane Schönefeld legte dar, dass ein Mini-Job eine zumutbare Arbeit im Sinne des SGB II sei. Die Vermittlung in Mini-Jobs leite sich von der Zielsetzung des SGB II ab, in erster Linie die Bedürftigkeit zu vermeiden. „Ich halte einen Mini-Job für einen guten Weg, um darüber in eine Festanstellung zu kommen. Denn schließlich verbessert ein Mini-Job oder eine Arbeitsgelegenheit die Qualifikation.“

Dieser Ansicht wurde von Vertreterinnen aller vier Fraktionen heftig widersprochen. Weiterhin wurde gefordert, dass die so genannten Fallmanagerinnen und Fallmanager speziell ausgebildet würden, die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern im beruflichen Wiedereingliederungsverfahren zu berücksichtigen. Momentan gäbe es noch keinen einheitlichen Standard für die Ausbildung. „Es ist erschreckend, mit welcher unterschiedlicher Ausbildung man sich derzeit Fallmanagerin oder Fallmanager nennen darf“, sagte Christiane Schönefeld und wünschte sich, mit den Vertreterinnen des Ausschusses für Frauenpolitik „beim Thema Qualifikation von Fallmanagerinnen und Fallmanagern in Zukunft gemeinsam am Ball zu bleiben“.

YV

Im Zeichen der Wahl des US-Präsidenten stand die jüngste Begegnung der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe. Dazu konnte Professor David Ian Lublin von der Scholl of Public Affairs der American University Washington als Gast begrüßt werden. Neben der Wahl und ihren möglichen Auswirkungen ging es um umstrittene Themen wie die Positionierung der Parteien zu Stammzellenforschung, Menschenrechten im Irak und die Nahost-Politik. Unser Bild zeigt v.l.: Vizekonsul Eric Rueter, Cornelia Tausch (SPD), Angela Freimuth (FDP) und Professor Lublin.



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Weniger Mutter-Kind-Kuren: Cornelia Prüfer-Storcks, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, berichtete jetzt im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Inge Howe, CDU) über den Stand der Bewilligungsverfahren von Mutter-Kind-Kuren und Schließungen von Mutter-Kind-Einrichtungen. Beantragt wurde der Bericht von der Fraktion der Grünen. Die Staatssekretärin teilte dem Ausschuss einen Rückgang bei der Bewilligung stationärer Kuren mit. Prüfer-Storcks zeigte sich besorgt über diesen Rückgang, da aus ihrer Sicht ein stationärer Aufenthalt ein gutes Mittel sei, ernsthafteren Erkrankungen vorzubeugen. Der Ausschuss beschloss einstimmig, Vertreter der Krankenkassen und des Müttergenesungswerks einzuladen, um diese in die weiteren Beratungen mit einzubeziehen.

+++

Die FDP-Fraktion macht sich dafür stark, die Zulässigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auch auf Bauleitpläne auszuweiten. Damit konnten sich die Liberalen jedoch nicht durchsetzen. Ihr Antrag (Drs. 13/5719) wurde im federführenden **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und Grünen abgelehnt. In der Diskussion verwies die FDP auf positive Erfahrungen in Bayern, die auch hier umgesetzt werden sollten. Die CDU-Fraktion, die grundsätzlich Einigkeit über eine Stärkung von Bürgerbeteiligungsrechten konstatierte, begründete ihre ablehnende Haltung darin, dass gerade im Bereich der Bauleitplanung bereits eine starke Form der Bürgerbeteiligung eingerichtet sei. Auch die SPD-Fraktion betonte, die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Bauleitplanung seien relativ groß und gewährten immerhin einen gestaltenden Spielraum, während eine Erweiterung auf Bürgerbegehren eine Abstimmung nur mit Ja oder Nein möglich machen würde. Die Grünen erklärten, sie sehen in dieser Legislaturperiode keine Umsetzungsmöglichkeiten, auch wenn viele Argumente für die Ausweitung von Bürgerbegehren sprächen.

+++

Mögliche Wege im Kampf gegen das Phänomen „Stalking“ beschäftigten jetzt den

Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Das Land Hessen möchte diesem Phänomen des „fortgesetzten Verfolgens, Belästigens und Terrorisierens eines anderen Menschen“ mit einem eigenen Straftatbestand begegnen. Ein Anliegen, das die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag (Drs. 13/5994) unterstützt. Ein Antrag der FDP (Drs. 13/5997) stellt eine ähnliche Initiative des Landes Rheinland-Pfalz in den Mittelpunkt. Zu den zentralen Aufgaben gehöre es nun – darüber herrschte Einigkeit im Ausschuss –, sowohl die Opfer als auch die Ansprechpartner in den Behörden zunächst über das Phänomen an sich sowie über die zivilrechtlichen Möglichkeiten im Gewaltschutzgesetz aufzuklären



Illustration: h2m

und zu informieren. Abschließend beraten will der Ausschuss zu den beiden Anträgen im Januar.

+++

Gleich im Doppelpack wird der **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) von der Möglichkeit Gebrauch machen, Sachverständige im Rahmen von Anhörungen als Berater zu Wort kommen zu lassen. Um die „Nutzungsänderung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude“ geht es in dem ersten Hearing am 30. November im Plenarsaal. Bereits am darauf folgenden Tag, 1. Dezember, wird es im Ausschuss eine weitere Anhörung zu dem Thema „Baukultur in Nordrhein-Westfalen“ geben.

+++

Sport soll wieder viertes Abiturfach werden. Das empfiehlt der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eck-

hold, CDU). SPD und Grüne hatten den Antrag „Qualitätsentwicklung im Schulsport“ (Drs.13/5916) gestellt und darin eine Fortsetzung des erfolgreichen Erprobungsvorhabens gefordert. Seit dem Schuljahr 1999/2000 ist das Fach Sport als Abiturfach nur noch an 24 ausgewählten gymnasialen Oberstufen wählbar. Die Koalitionsfraktionen planen, ab dem nächsten Schuljahr das Modellvorhaben auszuweiten und weitere Schulen einzubeziehen. Der Antrag wurde mit der Mehrheit von SPD und Grünen verabschiedet. CDU und FDP enthielten sich.

+++

Im Rahmen der Debatte über ein Antikorruptionsgesetz hatte der **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) Anfang November Sachverständige um schriftliche Stellungnahmen zu dem Thema gebeten. Nach der Auswertung der Zuschriften sollte nun im Ausschuss abschließend beraten werden. Die Fraktion der Grünen beantragte jedoch Vertagung der abschließenden Beratung, da die fraktionsinterne Abstimmung noch nicht abgeschlossen sei. Die anderen Fraktionen stimmten diesem Antrag zu und verständigten sich darauf, in der Sitzung am 2. Dezember über die Gesetzentwürfe (Drsn. 13/5952, 13/4692) abzustimmen.

+++

Bereits im Sommer hatte die FDP-Landtagsfraktion die „vorrangige Schließung des Bergwerks West“ in Kamp-Lintfort gefordert. Die aus dem Kohleabbau unter den Deichen resultierenden Gefahren seien gegenüber den Menschen am linken Rheinufer nicht länger zu verantworten, so die Begründung. Diese Auseinandersetzung wird jetzt auch Gegenstand einer öffentlichen Anhörung von Expertinnen und Experten, die der Ausschuss für **Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** (Vorsitz Dr. Helmut Linsen, CDU) für den 1. Dezember im Plenarsaal anberaumt hat. Der Titel der Veranstaltung lautet „Gefahrenpotentiale des Bergwerks West“. Thematisiert werden unter anderem folgende Punkte: Hochwasserrisiko durch weitere Bergsenkungen, Standfestigkeit der Deiche und Katastrophenschutz.

Sport schafft Selbstachtung

Bilanz der Behindertenolympiade



„Was bedeuten Menschenrechte wirklich für Menschen mit Behinderungen?“ fragte die mehrfache amerikanische Paralympic-Teilnehmerin Cheri Blauwet in die Abgeordnetenrunde und gab die Antwort gleich selber: „Für mich bedeutete es, meine Persönlichkeit zu finden und mich mit meiner Zukunft als Rollstuhlfahrerin zu identifizieren.“ In der Novembersonntag des Sportausschusses (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) berichtete sie über die Bedeutung des Leistungssports für ihr Leben. Außerdem wurde ein Resümee über die deutsche Beteiligung an den Paralympics in Athen gezogen und ein Ausblick auf die Fußball-WM 2006 für Menschen mit geistiger Behinderung gegeben.

Gegner wachsen zu sehen. „Das erfordert jedoch sofortige Aktivität“, forderte Cheri die politisch Tätigen zum Handeln auf.

„Wir sind mit dem Abschneiden der deutschen Mannschaft bei den Paralympics in Athen sehr zufrieden“, freute sich der Sportdirektor des Deutschen Behindertensportverbandes (DBS) Frank-Thomas Hartleb. 3.837 Athletinnen und Athleten aus 136 Nationen traten in 519 Wettbewerben und 19 Sportarten an. „Wir haben mit Platz acht im Medaillenspiegel unser Ziel erreicht, unter die ersten zehn zu kommen“, so Hartleb. Insgesamt holte die deutsche Mannschaft 19 Gold-, 28 Silber- und 31 Bronzemedailles. Davon gingen 44 Medaillen an Sportlerinnen und Sportler aus NRW.

„Momentan arbeiten wir an unserem Konzept für die Paralympics 2008 in China. Der Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchs- und Eliteförderung“,

erläuterte Frank-Thomas Hartleb die Perspektiven. Deutschland konnte die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2006 für sich gewinnen. NRW freut sich aber noch auf ein weiteres sportliches Großereignis, auf die Fußball WM 2006 der Menschen mit geistiger Behinderung. „43 Prozent der Mittel werden für die Kampagne der Lebenshilfe ausgegeben, die für die gesellschaftliche und politische Akzeptanz des Sports von Menschen mit geistiger Behinderung werben soll“, teilte Hans Jürgen Wagner, Geschäftsführer des Landesverbandes Lebenshilfe NRW, dem Sportausschuss mit. Die deutsche Beteiligung bei der WM 2002 in Japan sei leider von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. „Die WM in Deutschland bietet eine gute Gelegenheit, den Interessen von Menschen mit geistiger Behinderung ein Forum zu bieten. Das wollen wir nutzen“, so Wagner.

Die Fußball WM der Menschen mit geistiger Behinderung beginnt am 27. August 2006 mit einer integrativen Eröffnungsfeier in der Kölnarena. YV

Die 24-jährige Cheri wuchs auf der Farm ihres Vaters im US-Bundesstaat Iowa auf. Als Einjährige wurde sie von einem Traktor überfahren und erlitt eine irreversible Rückenmarksverletzung. Heute ist sie erfolgreiche Olympionikin. Sie startete in Athen über 800 m, 1.500 m, 5.000 m und im Marathon und holte eine Gold- und zwei Bronzemedailles.

„Ich war ein zufriedenes Kind“, meinte Cheri. „Jedoch erst als ich den Sport kennen lernte, begann ich, mein volles Potential zu entwickeln. Ich entdeckte, was es bedeutet, herausragende Leistungen zu erbringen. Jetzt bin ich Marathongewinnerin und trete als Sprecherin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf“, erläuterte die Medizinstudentin mit Stolz.

Aber nicht jeder habe soviel Glück. Wenn ein Mensch in Angola beispielsweise bei einer Landminenexplosion seine Beine verliere, habe er ohne Rollstuhl nur zwei Fortbewegungsmöglichkeiten: kriechen oder getragen werden. „Dadurch verliert er seine Würde. Gibt man ihm einen Basketball und setzt ihn in einen Rollstuhl, verändert sich sein Leben völlig. Er gewinnt seine Selbstachtung zurück – für den Preis von vier Rädern und eines Balls.“

Cheri Blauwet warb dafür, den Sport zu nutzen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern. „Es ist ein Menschenrecht, das eigene Schicksal selbst zu wählen. Durch Sport erreichen wir Selbstbestimmung.“ Wenn jemand beschliesse, Weltbestzeiten im Marathon zu erzielen, so sollten ihr oder

ihm nicht der Mangel an Möglichkeiten in die Quere kommen.

Auch in der Rehabilitation komme dem Sport große Bedeutung zu, denn „Fitness-Training ist gut für die körperliche und seelische Gesundheit“. Cheri Blauwet wünsche sich nichts mehr, als die Zahl ihrer Gegnerinnen und

Cheri Blauwet (Bild) erzählte über ihren Weg zum Leistungssport und über das Geheimnis ihres Erfolgs bei den Paralympics. Rechts die Sportausschussvorsitzende Gisela Hinnemann.

Foto: Schälte





Unterstützung für die Vorbeugung vor Kriminalität bekundeten der Vorsitzende und die Obleute der Fraktionen im Innenausschuss. Das Wirken des Landespräventionsrats (LPR) müsse gefördert werden und auf kommunaler Ebene sollte für die Mitarbeit bei der Kriminalprävention geworben werden, erklärten übereinstimmend (v.l.): Jürgen Jentsch (SPD), Monika Düker (GRÜNE), Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann (CDU) und als Vertreter der FDP Horst Engel (r.). Dritter von rechts der LPR-Vorsitzende, Professor Dr. Michael Walter, Leiter der Kriminologischen Forschungsstelle der Universität Köln. Rechts neben ihm Astrid Fuhrmann von der LPR-Geschäftsstelle. Foto: Schälte

Klaus-Dieter Henne, Beigeordneter der Stadt Rheinberg, brachte den Unmut und die Verärgerung vieler Rheinberger auf den Punkt: Er habe kein Verständnis dafür, dass die Deutsche Steinkohle AG (DSK) offensichtlich Rissbildungen in den Deichanlagen und damit auch das „Restrisiko eines Szenario für ein Hochwasserkatastrophenereignis kaum vorstellbaren Ausmaßes hier am Niederrhein“ leichtfertig in Kauf nehme. Auch Deichgraf Viktor Paeßens vom Deichverband Orsoy wollte nicht ausschließen, dass neue Deichrisse und Löcher bei Hochwasser und starker Strömung ausgespült werden und zu Erosionen am Deichkörper führen könnten. Ginge es nach ihm, würde der Kohleabbau unter dem Rhein zumindest in den hochwassergefährdeten Zeiten gestoppt.

Chefmarkscheider Dr. Emanuel Grün von der DSK wies die Vorwürfe seiner Vorredner zurück: Er sieht die Deiche in guter Obhut der Behörden. Dr. Grün erklärte, dass Risse, wie sie auch bei der Orsoyer Deichanlage zu beobachten sind, keinesfalls eine böse Überraschung darstellten. „Die Risse treten nicht plötzlich auf. Wir wissen aus unseren Prognosen, wo Längenänderungen auftreten.“ Während des Kohleabbaus würden die Deiche regelmäßig untersucht und vermessen. Aus den Ergebnissen dieser Messungen ließe sich voraussagen, wann und wo mit Rissbildungen zu rechnen ist. „Wenn dieses Problem entsteht, überfällt es uns nicht, sondern wir können diesem Problem im Vorhinein mit Prophylaxe oder - wenn es aufgetreten ist - im Nachhinein planmäßig im Sinne einer Lösung begegnen.“

Zu diesen prophylaktischen Sicherheitsmaßnahmen gehören auch in den Deich eingetriebene Stahlträger, so genannte Spundwände. Solch eine 3,5 Meter tiefe Spundwand wurde auch in das besonders beanspruchte Deichstück bei Rheinberg-Orsoy eingebaut.

Experten schließen Gefahr für Deiche aus Rheinberg: Kohleabbau unter dem Rhein bewegt Erde und Gemüter

Deutliche Risse und aufgebrochene Erdstufen in den Deichanlagen sorgen für Unbehagen bei der Rheinberger Bevölkerung. Grund für die Erdbewegungen ist der Kohleabbau unter dem Rhein. Um sich vor Ort ein Bild von den Ausmaßen der Beschädigungen zu machen, reiste der Wirtschaftsausschuss am 12. November unter Vorsitz von Dr. Helmut Linssen (CDU) zur Rheindeichbesichtigung nach Rheinberg-Orsoy. Nach der Deich-Visite wurde in der Stadthalle zusammen mit Experten und Betroffenen über mögliche Gefahren durch den Abbau unter dem Strom gesprochen. „Alles im grünen Bereich“, urteilten die Sachverständigen. Vom Bergbau gehe keine ernsthafte Gefahr für die Deichanlagen aus. Auf Seiten der Ausschussmitglieder blieben Zweifel.

„Es hat sich gezeigt, dass die Spundwandtiefe ausgereicht hat, um auch im Fall höchsten Hochwassers sicher auszuschließen, dass der Deich durchspült wird“, erklärte Dr. Walter Stork, Leiter der Umwelt- und Verkehrsabteilung bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Dies reiche als Sicherungsmaßnahme aus, um „das Hinterland vor einer Überflutung oder vor einem Eindringen von Hochwasser zu schützen“. Er versicherte zudem, dass auch in der Vergangenheit nicht eher Kohle abgebaut worden sei, bevor man nicht das technische Sicherheitsmaß der Deiche den zu erwartenden Beanspruchungen durch den Abbau angepasst habe. „Das ist ein Grundprinzip. Daran halten wir uns. Es gibt keine Ausnahme davon.“

BEDENKEN

Trotz dieser Beteuerungen blieben auf Seiten der Ausschussmitglieder von CDU, FDP und GRÜNE erhebliche Bedenken: Sie äußerten Zweifel an der Aussage, dass Rissbildungen auch bei Hochwasser keine Gefahr

für die Deiche darstellten. Auch die Sicherheit, mit der dies von Seiten der Sachverständigen ausgeschlossen wurde, sorgte für Irritationen. Zudem wurde die Genauigkeit und Verlässlichkeit von Prognosen mit Hinweis auf naturbedingte Unregelmäßigkeiten in Frage gestellt. Lediglich die SPD-Abgeordneten sahen keinen Anlass dafür, die Beurteilung der Experten anzuzweifeln. Hier würden Szenarien nach dem Motto „Was könnte passieren, wenn?“ aufgebauscht.

Auch in der nachbereitenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses zusammen mit dem Ausschuss für Grubensicherheit (Vorsitz Peter Budschun, SPD) am 17. November konnten die Zweifel nicht ausgeräumt werden. Die Oppositionsfraktionen warfen den Sachverständigen „Bagatellisierung“ vor. Die Grünen merkten an, dass auch nach dem Gespräch mit den Experten immer noch Fragen offen geblieben seien. Man habe den Eindruck gewonnen, die Sachverständigen hätten teilweise versucht, sich vor konkreten Antworten zu drücken. Wiederum war es nur die SPD, die aufgrund der Aussagen der Fachleute keinen Spielraum für Mutmaßungen erkennen konnte. **ax**

Hinter Gittern geht die Arbeit aus

Konjunkturschwäche macht auch vor den Haftanstalten nicht Halt

Die Mitglieder der Vollzugskommission (Vorsitzender Jan Söffing, FDP) informierten sich auch im vergangenen Jahr vor Ort über praktische Probleme des Justizvollzugs. Sie besuchten in diesem Zeitraum sechs Einrichtungen in NRW. Ihren Bericht haben sie dem Rechtsausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In Remscheid ist ein Neubau der Jugendarrestanstalt (JAA) auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt (JVA) geplant. Der Neubau soll im kommenden Jahr fertig gestellt werden und wird 70 Arrestplätze umfassen. Bisher hat die JAA zwei Standorte, eine Hauptanstalt in Remscheid und eine Nebenstelle in Solingen. Durch den Neubau soll die Nebenstelle wegfallen.

Die Vollzugskommission diskutierte aus diesem Anlass, die Bereiche Freizeitarrrest und Dauerarrest in Zukunft räumlich zu trennen. In der JAA Remscheid entfallen 42 Prozent aller Arreste auf den Freizeitarrrest, der nur an Wochenenden vollzogen werden kann. Zur Entlastung der Remscheider Anstalt könnte der Bereich Freizeitarrrest in Solingen konzentriert werden.

Die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz, die Rechtssicherheit für Investoren und die Situation in den rumänischen Haftanstalten waren Themen des Gesprächs, das der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Dr. Robert Orth (FDP, r.) mit dem Justizminister Rumäniens, Cristian Diaconescu (L) geführt hat. Vor kurzem hatte sich eine Delegation des Ausschusses zu einem Informationsbesuch in Rumänien aufgehalten.

In einer Stellungnahme des Justizministeriums vom 30. Juni 2003 heißt es, der Präsident des Landesjustizvollzugsamts NRW prüfe diesen Vorschlag.

Beim Besuch der Zweiganstalt Oberhausen der JVA Duisburg-Hamborn informierte sich die Kommission über den baulichen Zustand. Gegen eine andere Nutzung des Gebäudes als bisher spreche nichts. In diesem Zusammenhang hat das Justizministerium dargelegt, dass der Neubau einer JVA im Großraum Düsseldorf-Duisburg geprüft werde. Die Zweiganstalt Oberhausen könnte in die etwaige neue Anstalt einbezogen werden.

Bei der JVA Essen macht sich die allgemeine Wirtschaftslage besonders bemerkbar. Nur jeder dritte Gefangene

verfügt über einen Arbeitsplatz. Es stehen lediglich 60 Plätze in Unternehmen zur Verfügung, hinzu kommen anstaltsinterne Tätigkeiten. Weitere Gefangene werden mit Arbeitstherapie beschäftigt.

Die Vollzugskommission stellte weiter einen Bedarf an Deutschkursen für Ausländer fest. Hier macht die Kommission den Vorschlag, das Justizministerium solle prüfen, ob wieder Mittel für Deutsch als Fremdsprache aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge den JVA des Landes zufließen könnten.

In der Zweiganstalt Coesfeld der JVA Münster kommen auf 42 Haftplätze 24 Mitarbeiter. Die Kommission stellte fest, dass diese kostenträchtige

Relation auf die geringe Größe der Anstalt zurückzuführen sei. Bessere Relationen ließen sich nur in größeren JVA erreichen. Die Hauptanstalt Münster soll ab 2005/06 grundlegend saniert werden. Die Zweiganstalt Coesfeld wird dann wahrscheinlich geschlossen.

Die Kommission besichtigte auch den Fachbereich Strafvollzug der Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel. Dort wird der gehobene Vollzugs- und Verwaltungsdienst für NRW und zehn weitere Bundesländer ausgebildet. Der Leiter der Fachhochschule fürchtet, dass einige Länder die Ausbildung in Bad Münstereifel verlassen könnten, falls ihr Kostenbeitrag erhöht würde, wie dies der Rechnungshof des Landes fordert. Ein Rückzug mehrerer Länder gefährde den Bestand der Schule. Das Studium im Bereich Strafvollzug dauert drei Jahre und umfasst juristische Fächer sowie Vollzugsverwaltung, Betriebswirtschaftslehre, Kriminologie und Psychologie.

STIMMUNGSLAGE

Insgesamt beklagte die Kommission die nach wie vor schwierige Personalsituation im Vollzug. Dies führe zu einer „gedrückten“ Stimmung bei den Bediensteten. Die Kommission informierte sich auch über Beschwerden der Inhaftierten, die von allgemeiner Bedeutung sind; für Einzelbeschwerden ist der Petitionsausschuss zuständig. Weiterhin wurde die Kommission von der Justizverwaltung über Todesfälle im Vollzug informiert. Da lauten die mitgeteilten Zahlen: Im Jahr 2003 gab es 51 Sterbefälle, darunter 24 Suizide. Im Bericht des Vorjahres waren 36 Fälle, darunter 13 Selbsttötungen, aufgeführt. **AR**

Vollzugskommission

Die Vollzugskommission ist ein Unterausschuss des Rechtsausschusses. Sie hat sechs Mitglieder, wobei alle Fraktionen vertreten sind. Die Kommission beschäftigt sich mit allgemeinen Fragen des Strafvollzugs. In dieser Legislaturperiode haben die Mitglieder bereits 25 Einrichtungen besucht und vor Ort das Gespräch gesucht. Beim Besuch einer JVA sprechen die Abgeordneten mit dem Anstaltsleiter sowie mit Vertretern des Personals und der Gefangenen. Die Kommission gibt Anregungen an die Justizverwaltung weiter.

SPD

Dreimonatsfrist im Landeswahlgesetz soll fallen

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Änderung des Landeswahlgesetzes beschlossen. Nach bisher geltendem Recht sind Bürgerinnen und Bürger vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn sie innerhalb von drei Monaten vor der Wahl umziehen. „Es ist heute nicht mehr zu rechtfertigen, dass Menschen von einem grundlegenden Bürgerrecht ausgeschlossen werden“, begründete der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Jäger die Initiative der SPD im Landtag. Die Regelung sei für viele Bürgerinnen und Bürger nicht verständlich und widerspreche dem Bild vom mündigen Bürger.

Die bisherige Dreimonatsfrist sei damit begründet worden, dass Neubürgerinnen und Neubürger sich vor einer Wahl erst mit den örtlichen Verhältnissen vertraut machen sollten. Über die neuen Medien jedoch, so Jäger, könne sich jeder schnell und umfassend über die Verhältnisse seines neuen Wohnortes informieren. Eine Änderung des Landeswahlgesetzes sei deshalb zeitgemäß. Das Bundesverfassungsgericht halte die Dreimonatsfrist zwar für verfassungsgemäß. Zwingend sei eine solche Einschränkung aber nicht. Seit März 2002 gebe es im Landeswahlgesetz schon eine Ausnahmeregelung für nach Nordrhein-Westfalen Zurückgekehrte, die früher schon einmal in NRW wahlberechtigt waren.



CDU

Auszeichnung für Jürgen Rüttgers

Im Rahmen einer Feierstunde wurde dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU-NRW, Jürgen Rüttgers, die Ehrendoktorwürde der Universität Roma Tre in Rom verliehen. Der Rektor der Universität in der italienischen Hauptstadt, Professor Guido Fabiani, nahm die Auszeichnung am Freitag in Rom vor.

Begründet wird diese hohe Auszeichnung mit seinem Einsatz und seinen hohen Verdiensten für die europäische Bildung und Forschung. Im Mittelpunkt steht dabei die Sorbonne-Erklärung über eine gemeinsame europäische Hochschulpolitik. Jürgen Rüttgers hat als Bundesminister für Bildung und Forschung gemeinsam mit seinen Kollegen Luigi Berlinguer aus Italien, Claude Allegre aus Frankreich

und Baronin Tessa Blackstone aus Großbritannien den Bologna-Prozess initiiert, der die Vergleichbarkeit und bessere Vereinbarkeit von Studienabschlüssen und -inhalten (Bachelor, Master) in Europa zum Ziel hat.



FDP

FDP: Steuerschätzung ist Quittung für unseriöse Wirtschafts- und Finanzpolitik

Finanzexperten haben die Auswirkungen der bundesweiten Steuerschätzung auf NRW berechnet. Die Ergebnisse sind katastrophal. Für das Jahr 2004 hat sich die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushalts um 1,7 Milliarden Euro verschätzt. Für 2005 wird mit weiteren Steuerausfällen von 1,4 Milliarden Euro gerechnet. „Das ist die Quittung für die unseriöse Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung“, kommentierte FDP-Fraktionschef Dr. Ingo Wolf die Ergebnisse. Vor dem Hintergrund der erneuten Steuerausfälle und einer Rekordverschuldung des Landes fordert die FDP einen politischen Kurswechsel: „Rot-Grün in NRW steht für Schulden, Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit. Deshalb brauchen wir den Neustart mit einer verlässlichen Politik und einem Gesamtkonzept für neues Wachstum.“ Aus Sicht der FDP braucht NRW mutige Reformen. Dr. Ingo Wolf: „Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir brauchen eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts, niedrige Steuern und ein einfaches Steuerrecht, einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme und eine gezielte Förderung innovativer Jobs.“ Nur eine solche Politik führe zu mehr Wachstum und neuen Arbeitsplätzen, sagte Dr. Ingo Wolf: „Nur wer Arbeit hat, kann auch Steuern zahlen. Den maroden Haushalt bekommen wir nur durch neues Wachstum in den Griff.“

GRÜNE

Große Anfrage Opferschutz

Thema der letzten Fraktionssitzung der Grünen war eine Große Anfrage zum Schutz von Opfern in Strafverfahren. In den vergangenen Jahren haben die Grünen sich bereits erfolgreich für Verbesserungen eingesetzt, zusätzliche Belastungen der Leidtragenden möglichst gering zu halten. Um in Erfahrung zu bringen, wie die ergriffenen Maßnahmen in der Realität wirken, hat die Fraktion die Große Anfrage (Drs. 13/6210) eingebracht: In 75 detaillierten Einzelfragen wird damit die Landesregierung aufgefordert zu berichten, inwieweit der Opferschutz in NRW ausreichend rechtlich verankert ist oder in welchen Punkten er weiter verbesserungsbedürftig ist. Weitere Fragestellungen sind: Werden die Opfer schützenden Maßnahmen im Zusammenhang mit Strafverfahren in NRW umgesetzt? Wie haben sich die Veränderungen im Sexualstrafrecht ausgewirkt?

Detailliert werden unter anderem strafrechtliche und prozessuale Aspekte wie Anzeigeverhalten, Anzahl und Verlauf von Strafprozessen gegen die sexuelle Selbstbestimmung abgefragt. Überprüft werden auch der Stand der Umsetzung und die Wirksamkeit von ZeugInnenchutzmaßnahmen, Opferentschädigung, Videovernehmungen und Sonderzuständigkeiten bei Gerichten und vieles andere.

Nur mit einem regelmäßigen Abgleich von Theorie und praktischen Auswirkungen kann wirkungsvoll gearbeitet und der Themenbereich Opferschutz weiter entwickelt werden.

Die Antwort der Landesregierung wird im März 2005 erwartet.



Porträt der Woche: Christof Rasche (FDP)

Christof Rasche ist ein klassischer „Überläufer“. Sein Vater war 20 Jahre lang Vorsitzender der CDU in Erwitte und der Sohn war drauf und dran, in seine Fußstapfen zu treten. Immerhin war er Ende der 70-er Vorsitzender der Jungen Union in seiner Heimatstadt. Doch einer seiner beiden Brüder – elf Jahre älter – „bekehrte“ ihn, als Christof 16 war, indem er in Erwitte die FDP gründete. Und sie hatten hohe Ziele: „Mein Bruder und ich wollten schon immer die absolute Mehrheit der CDU brechen.“

Das ist zwar nicht ganz gelungen. Aber die FDP in Erwitte kam immer näher dran. Denn bis 1994 hatten die Liberalen in der 16.500-Einwohner-Stadt immer Kommunalwahlergebnisse von sieben bis acht Prozent. Bei den nächsten Wahlen waren es schon 18,5 Prozent, danach schon 23,3. Und bei der Landtagswahl 2000 schaffte die FDP in Erwitte mit Rasche sogar stolze 24,5 Prozent. „Wir haben in der Bevölkerung endlich Anerkennung gefunden“, sagt Rasche. Und: „Diese Zahlen zeigen schon alleine, was möglich ist.“

Auch der Einzug in den Landtag war möglich, wie sich im Mai 2000 herausstellte. Über Platz elf der Landesreserveliste bekam der Ostwestfale sein Mandat. Und inzwischen hat er sich in seiner Fraktion zum echten Verkehrsexperten entwickelt, ist verkehrspolitischer Sprecher und stellvertretender Sprecher des Landesfachausschusses „Verkehr“ in der FDP. „Ich wollte mich um das kümmern, was mich immer am meisten geärgert hat, weil ich viel unterwegs war und bin: die ständigen Staus auf der Autobahn.“

Viel unterwegs war er vor allem in der Zeit, in der er geglaubt hat, er könne zwei Jobs nebenher machen. Den einen seit der Wahl im Landtag und den anderen als Filialleiter der Sparkasse in Erwitte-Anröchte. „Ich war am Anfang in einer Phase, in der ich geglaubt habe, man kann das miteinander verbinden. Halbtags Bank, halbtags Politik.“ Doch schnell hat der jetzt 42-Jährige gemerkt, dass das nicht geht. „Wenn man seinen Job hier ernst nehmen will, dann muss man raus, dann ist man permanent unterwegs. Vor allem als Verkehrspolitiker.“ Rasche: „Also habe ich mich dann entschieden: Ich setze auf Politik und mache das jetzt richtig.“

HANDBALLER

Deshalb bleibt ihm jetzt auch immer weniger Zeit für seine schönste Nebensache der Welt: Handball. In der Kindheit noch, wie fast alle dem Fußball verfallen, zog es ihn mit 14 zu den etwas kleineren Toren in die Halle. Insofern ist er auch hier ein Überläufer. Und hat dabei die Seiten bis heute nicht mehr gewechselt. Allerdings muss der TuS 06 Anröchte ab und an schon mal ohne ihn auskommen, das Mandat geht schließlich vor. Dennoch liegt die Mannschaft ganz gut im Rennen: Platz 4 der 2. Kreisklasse im Kreis Hellweg zurzeit.

Dass viele seinen Lieblings-Sport als „zu brutal“ abqualifizieren, stört ihn nicht: „Man kann sich ja wehren. Außerdem kenne ich keinen anderen Sport, bei dem man sich über

eine Stunde lang schöner austoben kann als beim Handball.“ So sehr austoben, dass ihm innerhalb eines Jahres schon mal zwei Schneidezähne abhanden kamen – „aber das war eher Zufall“.

Dann doch lieber als Zuschauer bei seinem „FC Schalke 04“. Da ist der Vorsitzende des städtischen Sportverbandes Erwitte dann genauso „bekloppt“ wie alle „Blau-Weißen“. Denn wenn er mit seinem älteren Bruder „auf Schalke“ geht, dann merkt er immer wieder, dass er sich „mit Herz und Bauch“ dem Verein angeschlossen hat. „Vielleicht aber auch ohne den Kopf, denn logisch ist das alles nicht.“

Und wenn Christof Rasche mal Ruhe und Erholung braucht, dann fährt er zwei Wochen Ski, trinkt ein Bier mit Freunden oder spielt eine Runde Doppelkopf. Oder er geht mit seinem Airedale-Terrier „Aisha“ spazieren. Aber kaum etwas kann ihn so sehr entspannen wie eine Mütze Kurz-Schlaf: Er setzt oder legt sich hin, irgendwo, macht die Augen zu – und schläft ein. „Innerhalb von einer Minute. Nach einer Viertelstunde bin ich fit. Das brauchte ich mir noch nicht einmal anzutrainieren, das ist einfach so.“

Autor:
Ralph Goldmann



Wolfgang Röken (SPD), Landtagsabgeordneter aus Gladbeck, ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Wie Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Übergabe im Ratssaal von Gladbeck betonte, werde Röken für sein großes Engagement um die Städtepartnerschaften und für sein stetes Bemühen um die Integration besonders türkischer Mitbürgerinnen und Mitbürger geehrt. Der Abgeordnete ist seit 1995 Mitglied des Landtags. Er leitet den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen und ist seit ihrer Gründung 2002 Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergesellschaft.



Reinhold Sendker (CDU), Landtagsabgeordneter aus Westkirchen, hat für 35 Jahre politischer Tätigkeiten in verschiedenen Ämtern im Kreis Warendorf den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Der Abgeordnete hat Betriebswirtschaft studiert und arbeitete als Lehrer für Katholische Religion und Wirtschaftslehre. Im Landtag vertritt er den Wahlkreis Warendorf I und ist Mitglied im Kommunal- und Landwirtschaftsausschuss, wo er als versierter Agrarexperte gilt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt charakterisierte bei der Verleihung Sendker als „engagiert, verlässlich und nett“; er habe sich im Landesparlament über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung erarbeitet.



LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 29. November bis 8. Dezember 2004

29.11.	Angelika Gemkow (CDU)	55
3.12.	Rolf Einmahl (CDU)	55
3.12.	Dr. Wilhelm Droste (CDU)	44
3.12.	Willi Nowack (SPD)	54
8.12.	Bernd Schulte (CDU)	55

Ulrich Schmidt, Landtagspräsident, ist für sein langjähriges Engagement als Vorsitzender des NRW-Landesverbands der Lebenshilfe geehrt und mit der goldenen Ehrennadel (Bild) ausgezeichnet worden. Bei der Delegiertenversammlung im sauerländischen Olpe würdigte die stellvertretende Landesvorsitzende, Regina Schmidt-Zadel, die Arbeit des scheidenden Vorsitzenden, der dieses Amt zwölf Jahre innehatte: „Sie haben aktiven Einsatz geleistet bei ethischen Grundsatzfragen und immer gezeigt, dass Sie hinter den Werten der Lebenshilfe stehen.“ Der Vorsitzende und Politiker habe stets ein Herz für Behinderte gehabt, fuhr sie unter dem Beifall der Delegierten, die Schmidt zum Ehrenvorsitzenden ernannten, fort und überreichte ihm für hervorragende Verdienste neben der goldenen Nadel eine Ehrenurkunde.



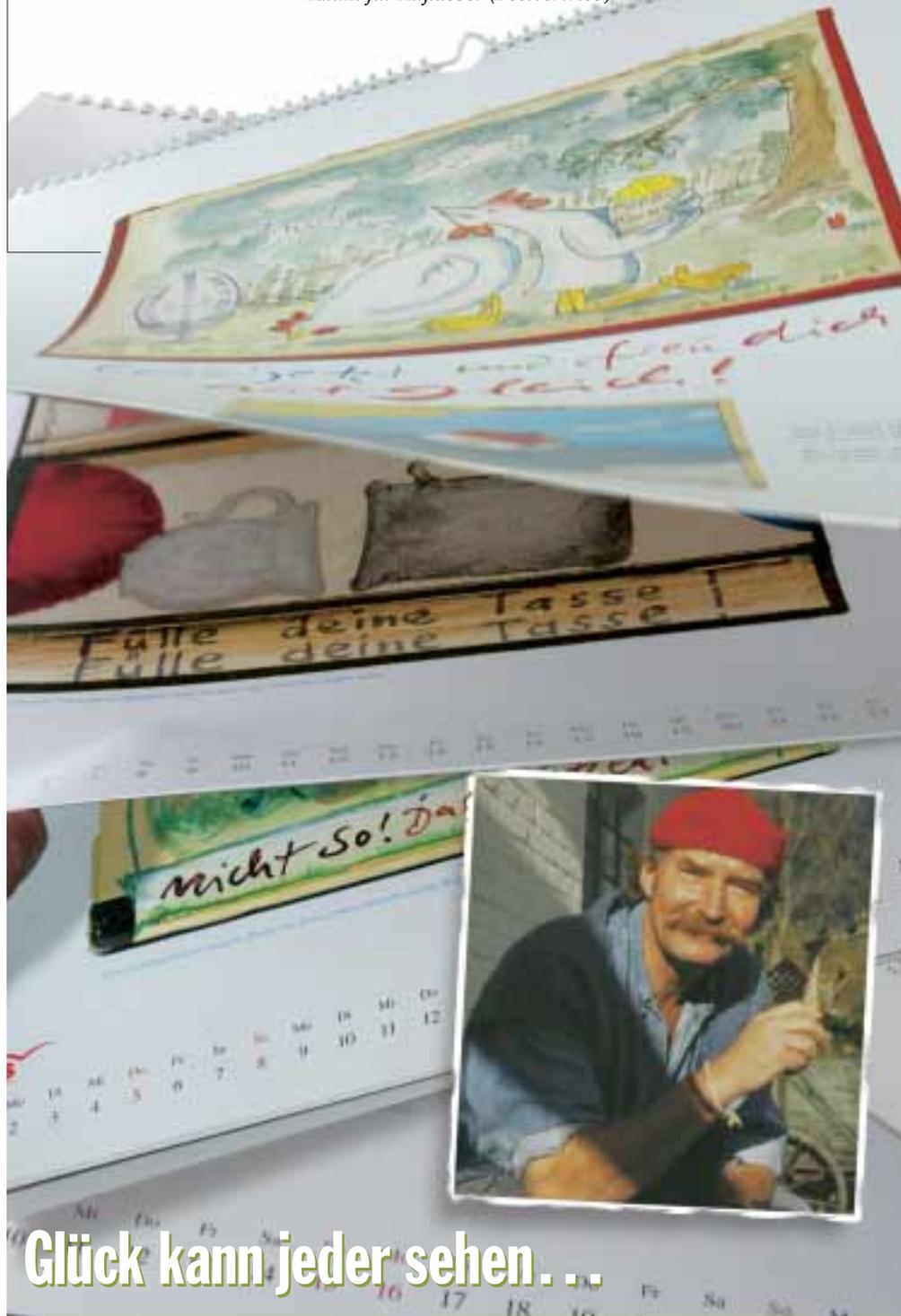
Bodo Champignon (SPD), Vorsitzender des Arbeits-, Gesundheits- und Sozialausschusses, ist auf der AWO-Bundeskonzferenz Ende vergangenen Monats zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Der Abgeordnete ist Vorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen und seit 1992 Beisitzer im Bundesvorstand.

Regina van Dinther (CDU), Landtagsabgeordnete aus Hattingen, ist als Nachfolgerin des ins Europaparlament gewählten Herbert Reul als Beisitzerin den Landeswahlausschuss berufen worden. Der Landeswahlausschuss setzt sich aus der Landeswahlleiterin als Vorsitzender und zehn Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags zusammen. Er entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und stellt das endgültige Ergebnis der Wahl fest.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 9. Dezember 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Glück kann jeder sehen...

... den Beweis für diese Behauptung tritt der „olle Hansen“ mit seinem originellen Kalender für das Jahr 2005 an. Auf zwölf Monatsblättern zeigt der Maler, Dichter Fotograf und Lebenskünstler Peter - T. Schulz (kleines Bild) seine humorvoll-poetischen Bilder mit nachdenklich-witzigen Texten. Die Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege setzt mit diesem Begleiter durch ein ganzes Jahr ihre inzwischen traditionelle „Glücks-Serie“ fort. Bei der Stiftung (Roßtrasse 133 in 40476 Düsseldorf) kann der Kalender zum Preis von 17,50 - zuzüglich 3,90 Euro Porto bei Einzelsend - bezogen werden. Der Überschuss aus dem Verkauf kommt dem Naturschutz und Kulturprojekten in Nordrhein-Westfalen zugute.

Fotos: Schälte